

Scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Nebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: Für Preußen incl. Steuer 16 Ngr. für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Abonnementpreis für die fernliegenden Staaten: F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N.J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

An die Leser des „Volksstaat“

richten wir, anlässlich des bevorstehenden Quartalswechsels, die Bitte, das Abonnement gef. bald zu erneuern, damit in der Zufassung des Blattes keine Verzögerung eintrete. In Folge der sehr bedeutend gestiegenen Papierpreise wird der Preis des „Volksstaat“ vom 1. April an von 12 Ngr. auf 12 1/2 Ngr. erhöht. Das Abonnement für Leipzig und Umgegend kostet von da an vierteljährlich 13 Ngr., monatlich 4 1/2 Ngr.

Parteigenossen!

Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Obgleich wir mit den bisherigen Resultaten zufrieden sein können, so muß doch mehr für das Parteiorgan geschehen. Wir fordern Euch daher auf, kräftigst für dasselbe einzutreten und für seine weiteste Verbreitung Sorge zu tragen. In keiner Fabrik, in keiner Werkstatt, wo Sozialdemokraten arbeiten, in keiner Hütte, wo Sozialdemokraten wohnen, darf Euer Parteiorgan fehlen. Die Bourgeoisie bekämpft uns durch ihre Presse, die Regierungen durch ihre Beamten, — zeigen wir, daß alle Verfolgungen, weit entfernt, uns müde zu machen, nur unsern Muth und unsern Eifer für die gerechte Sache der Arbeiterklasse erhöhen. Das Parteiorgan ist die Waffe, womit Ihr falschen Wahn zerföhrt, Vorurtheile beseitigt, Angriffe und Verläumdungen zurückweist und am wirksamsten für die Verbreitung der sozial-demokratischen Prinzipien kämpft. Thue also Jeder, was er kann, zu dessen Unterstützung.

Sechste Sitzung, Donnerstag, 21. März.

Der Präsident verliest zunächst den von der Verteidigung proposierten Beschluß des Reichstages, wonach die Berliner Rede von Liebknecht trotz des Protestes beider Sachwalter zur Verlesung kommt, weil es sich hier um die Flugschrift handelt, welche in Sachsen gedruckt und verbreitet wurde, also auch in Sachsen verfolgt werden kann.

Advokat Freitag (Leipzig): Ich melde schon jetzt wegen dieses Beschlusses die Nichtigkeitsbeschwerde an. Es werden hiernach Schriftstücke verlesen, welche schon eine, noch dazu durch Amnestie bereits erledigte, Verurteilung des Angeklagten in Preußen zur Folge gehabt haben und wegen welcher das Leipziger Bezirksgericht auch schon längst einen Strafantrag, nicht aber wegen Vorbereitung zum Hochverrath, gestellt hatte.

Advokat Freitag (Pflanzen): Ich schließe mich dieser Nichtigkeitsbeschwerde an und füge derselben noch eine zweite hinzu. Hier wurde ein Artikel aus dem „Frelisen“ mit zur Verlesung gebracht, welcher, im Demokratischen Wochenblatt abgedruckt, vor den Leipziger Gerichten schon vor langer Zeit eine Verurteilung des Angeklagten Liebknecht zu vier Wochen Gefängnis „wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren“ zur Folge hatte. Diese vier Wochen hat Liebknecht verbüßt. Es ist das Charakteristische dieses Prozesses, daß man Sachen als Beweismaterial vorbringt, wegen welcher die Angeklagten längst zur Verurteilung gezogen sind.

Staatsanwalt Hoffmann: Die letztere Nichtigkeitsbeschwerde kommt zu spät. Sie mußte vor der Verlesung fraglichen Schriftstücks angemeldet werden.

Advokat Freitag (Pflanzen): Sie kommt nicht zu spät; es ist im Gegentheil nur mein guter Wille, daß ich sie jetzt schon anbringe. Verpflichtet wäre ich dazu erst am Schluss der Verhandlungen.

Advokat Freitag (Leipzig) schließt sich dem an.

Auf bezügliche Fragen des Präsidenten erklärt Liebknecht: Die Berliner Rede ist noch nicht in zweiter Auflage erschienen; diese wird erst vorbereitet. Ursprünglich stand sie im „Demokratischen Wochenblatt.“ Die Auflage der Flugschrift mag ungefähr tausend gewesen sein.

Die Verbreitung der Flugschrift besorgte Nebel nicht, wohl aber die des demokratischen Wochenblatts. Um das Geschäftliche kümmerte ich mich nicht; das ist von der Druckerei besorgt worden.

Advokat Freitag (Leipzig): Ich ersuche zu konstatiren, daß die Flugschrift ein wörtlicher Abdruck aus Nr. 27 und Nr. 32 des „Demokratischen Wochenblatts“ vom Jahre 1869 ist.

Die Verlesung wird hierauf vorgenommen und nach derselben konstatirt der Präsident die Uebereinstimmung der Flugschrift mit dem Artikel des „Demokratischen Wochenblatts“ bis auf einige während der Verlesung angezeigte kleine Differenzen.

Advokat Freitag (Leipzig): Seine beiden Nummern des „Demokratischen Wochenblatts“ datiren vom 3. Juli und vom 7. August 1869.

Präsident: Herr Liebknecht entwickelt in dieser Flugschrift seine schon oft hier zu Tage getretenen Theorien. Hervorzuheben ist die Anschauung, daß die Ziele der Arbeiterpartei nicht zu erstreben seien durch parlamentarischen Kampf, sondern daß die Frage schließlich gleich jeder andern Frage auf der Straße gelöst werden müsse. Auch sind zwei jetzt gedruckte Stellen hervorzuheben, nämlich auf S. 11: „Revolutionen werden nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß gemacht; die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staats verwirklicht werden; sie muß ihn stürzen, um ins Leben zu treten. Kein Friede mit dem heutigen Staat!“ und ferner auf Seite 15: „Von dem Moment an, wo jeder Zweifel in Bezug auf die politische Stellung der Sozialdemokratie beseitigt ist, wo die Sozialdemokratie, ohne den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu vernachlässigen, auch den politischen Vorkampf führt — haben wir die Massen der Arbeiter hinter uns, können wir sagen: „Berlin gehört uns.“

Und dann gehört uns Deutschland; denn hier in Berlin sitzt der Hauptfeind, hier wird die Entscheidungsschlacht geschlagen. Von Berlin aus wurde Deutschland geteilt; in Berlin muß Deutschland befreit werden.“

Im zweiten Theil der Flugschrift ist die Ansicht ausgesprochen, daß der Kampf der Partei in sozialer Beziehung gegen die Bourgeoisie gerichtet sei.

Liebknecht: Ich schließe mich den von den Herren Verteidigern in Betreff der Verlesung dieser Rede gethanen Schritten aus juristischen Gründen an — aus politischen Gründen jedoch ist es mir sehr angenehm, daß die Verlesung stattgefunden hat, weil dadurch mit einer trefflichen Gelegenheit zur Charakterisirung dieses Prozesses wird. Zunächst ist festzuhalten, daß die Flugschrift die Wiedergabe (und zwar

nicht eine nach stenographischer Niederschrift) eines zu Berlin gehaltenen Vortrags ist, welchen ich als einen Gelegenheitsvortrag im eminentesten Sinne bezeichnen muß. Ich wollte den Bestrebungen des Herrn von Schweiger entgegenzutreten, welcher die 1866 erfolgte Neugestaltung Deutschlands seinen Anhängern als eine anzuerkennende und zu billigende hinstellte und dieselben dazu zu bringen suchte, daß sie mit Unterlassung jedes weiteren politischen Kampfes in Folge der Gewährung des allgemeinen direkten Wahlrechts sich auf den parlamentarischen Kampf beschränkten und diesen allein führten. Es handelte sich für mich um zwei Dinge: Die Rechtsbeständigkeit des Nordbundes anzugreifen und zu bekämpfen und — den Nimbus von dem direkten Wahlrecht zu reißen, welchen dasselbe in den Augen der Kassalener besaß. Unterlassung jedes politischen Kampfes gegen den Nordbund mußte die Arbeiterbewegung der Reaktion dienlich machen, das direkte Wahlrecht mußte ohne das Vorhandensein anderer wesentlicher Rechte illusorisch sein und bleiben. Das sind die Grundgedanken des Vortrags, welche ich, allerdings in etwas scharfer Sprache, wie es meine Gewohnheit ist, zum Ausdruck brachte. Der Nordbund, behauptete ich, ist nicht auf dem Wege der organischen Entwicklung entstanden, er ist folgerichtig der organischen Entwicklung auch unähnlich, sondern nur einer Veränderung durch die Gewalt. Dies ist aber eine Erkenntniß, keineswegs eine Vorbereitung zum Hochverrath. Hätte ich zu einem bestimmten, konkreten Handeln aufgereizt, dann, aber nur dann, würde Vorbereitung zum Hochverrath in der Rede zu finden sein. Ich will hierbei auch bald bemerken, daß ich die Rede gehalten habe unter meiner alleinigen Verantwortlichkeit. Meine Mitangeklagten können dafür nicht haftbar gemacht werden, ebensowenig die damals noch nicht existirende Partei, welche ja mehr oder minder mit uns auf der Angeklagten sitzt. Ich komme zu einzelnen, besonders betonten Stellen. Ich sage Seite 6: „Die Braune und Konjorten müssen sehr gut, was wir wollen. Ihnen gegenüber, wie überhaupt den im Reichstage fast ausschließlich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber, ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Nothfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder andern Nothfrage.“ Damit sage ich nur und kann ich im Zusammenhang nur sagen: die Frage wird nicht gelöst in diesem Parlamente, sondern außerhalb desselben, nicht durch dieses Parlament, sondern gegen dasselbe, eine Anschauung, welche ich heut noch vertritt. Die Stelle: „Sie sind leider noch nicht am Vorabend einer aus dem Innern des Volkes hervorquellenden That“ beweist doch so deutlich als nur denkbar, daß ich überhaupt die Zeit für eine Bewegung noch nicht für gekommen halte.

In der Aeußerung von den nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß zu machenden Revolutionen trete ich Herrn von Schweiger entgegen, welcher die Möglichkeit einer Umgestaltung der sozialen Verhältnisse mittels des allgemeinen Wahlrechts, unter Mitwirkung der Gegner, seinen Anhängern predigte. Wir sind eben nicht der Ansicht, daß innerhalb des heutigen Staats eine solche Umgestaltung möglich ist, wir halten den Staat von heute, welcher die Form für die Gesellschaft von heute ist, für unfähig, auch die Form der Gesellschaft der Zukunft abzugeben. Diese Erkenntniß haben wir stets betont und ich möchte wohl wissen, wie es möglich wird, in der Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer Umgestaltung eine Aufforderung zur Umgestaltung, also Vorbereitung zum Hochverrath zu finden. Ich habe ja schon einmal erklärt, daß wir im direkten Gegensatz uns befinden zu der Bakunin'schen Richtung, welche den Staat überhaupt umstürzen will. Aber auch in recht theoretischer Behauptung der Nothwendigkeit einer gänzlichen Abschaffung des Staats, sehen die Behörden nichts Gefährliches, nichts Strafbares, denn seit sehr langer Zeit schon verdrängt eine Bourgeois-Partei, die Randschulze, die Ausübung und Vernichtung des Staats, welcher nur noch Nothwehrdienste für die Gesellschaft zu versehen haben soll. — Wie ich mir die als nothwendig hingestellte Umgestaltung des Staats möglich dachte, das ist klar ersichtlich aus der Stelle, in welcher ich auf die Steuerverweigerung verweise. Diese ist thatsächlich das einzige legale Mittel, um eine Regierung zu zwingen, wie das Beispiel der ungarischen Revolution beweist. Diese war auf dem Schlachtfelde besiegte — aber die Konsequenz des ungarischen Volkes in der Steuerverweigerung, gerade das Festhalten des Rechtsbodens, brachte den endlichen Sieg. Daß ich den Nordbund als zu Recht bestehend nicht anerkenne, kann man nicht verfolgen — Jakob ging sogar noch weiter und erklärte öffentlich, er nehme ein Reichstagsmandat nicht an, weil der Bund durch einen Rechtsbruch bestünde. Er blieb unverfolgt. Noch mehr, wir erleben es hier in diesem Falle, daß die Extreme sich berühren. Die ultra-konservativen Parteien, sächsische Partikularisten und Anhänger der Doppeldecker, bekamen sich zu derselben Auffassung in Betreff des Nordbundes. Der Vizepräsident der sächsischen Kammer, der damals noch konservative Herr von Dehmichen, sagte seiner Zeit über die Verfassung des Nordbundes: „Hoffen wir, daß diese Verfassung keine Dauer haben wird. Wenn der durch dieselbe ausgeübte Druck lange andauert, so führt er zur Revolution.“ Das ist genau dieselbe Anschauung, welche ich entwickelte: Durch eine Revolution von Oben erzeugt, bleibt im Nordbunde die Revolution in Permanenz; eine organische Fortentwicklung ist eine Unmöglichkeit.

Um von dem Wort Revolution noch weiter zu sprechen, so ist schon oft erwähnt worden, daß es deren verschiedene gibt, z. B. auch Palastrevolutionen — und durch die Zeitungen ging neulich, während der Debatten über das Schulaufsichtsgesetz, die Nachricht, es sei um dieses Gesetzes willen beinahe Biemarck durch eine Palastrevolution gestürzt worden. Hierdurch ist die Thatsächlichkeit der von mir behaupteten sprunghaften Entwicklung bewiesen. Und haben wir nicht nach der ersten auch die zweite große Revolution von Oben gehabt? Ich komme zum Schluss. Im Mai 1869 hielt ich zu Berlin die Rede, im Demokrat. Wochenblatt habe ich sie verbreitet, in Berlin bin ich der Rede wegen auf den Hof- und Verachtungsparagrafen hin verurtheilt. Die preussische Regierung, der es sicher sehr angenehm gewesen, hätte sie mich der Vorbereitung des Hochverraths anklagen und folglich einsperren können, unterließ dies selbst damals, als der Eindruck noch ganz frisch war. Von den Nummern des Wochenblatts, welche die Rede enthielten, wurde natürlich der Polizei und der königlichen Kreisdirektion je ein Exemplar zugesendet und ich weiß, daß damals alle Exemplare des „Demokratischen Wochenblatts“ sogenannten Speicherrathen laufen mußten. Sie wimmelten von Strichen mit Roth-, Blau- und anderen Stiften — aber eine Anklage wurde nicht eingeleitet. Jetzt nach 1 1/2 Jahren zieht man diese Sachen in einen Hochverrathsprozess herein. Warum? Weil die in der Rede enthaltene Anschauung heut nicht mehr an der Mode, weil sie geduldet sind. Der Krieg von 1870/71 hat um die Revolution von Oben einen Heiligenschein gewoben und nun will man das Odium einer unpopulären, verfehmten Anschauung durch den Prozeß auf uns wälzen.

Präsident: Aus Ihren Aeußerungen geht nur hervor, daß bisher die Preßpolizei in Sachsen sehr milde gehandelt wurde. Einzelnes in der Rede ist mir unverständlich. Die Herren Geschworenen mögen nach der Befragung der Angeklagten urtheilen.

Geschworenen ausfallen soll, d. h. der Herr Präsident erklärt den Prozeß für einen Tendenz-Prozeß.

Präsident: Ich habe gesagt, mit Rücksicht auf die Befragung der Angeklagten werden die Herren Geschworenen ihr Urtheil fällen können.

Nebel: Das Aktenstück ist nur mittels Weisung von Berlin unter die Belastungsstücke gekommen. Ueberhaupt ist es ein Geheimniß, welches die Späher schon von den Dächern pfeifen, daß der ganze Prozeß auf dem Umwege über Berlin dekretirt wurde. Für Verbreitung des Wochenblatts nicht bloß der hier fraglichen, sondern aller Nummern, habe ich gewirkt. Aber den Expedienten kann man nicht verantwortlich machen für das, was in dem Blatte steht. Ich bin übrigens in voller Uebereinstimmung mit dem Inhalt der Rede — bis auf Kleinigkeiten — und will mich solidarisch haftbar dafür erklären.

Die Rede hätte eigentlich aus dem „Demokratischen Wochenblatt“, nicht aus der Flugschrift verlesen werden sollen.

Hepner: Ich bin zur Zeit noch nicht in der Bewegung gewesen. Advokat Freitag (Leipzig): Nicht nur der Preßpolizei, sondern auch der königl. sächs. Staatsanwaltschaft und Oberstaatsanwaltschaft ist die Flugschrift schon im Sommer 1870 durch die Requisition der preussischen Staatsanwaltschaft zur Genüge bekannt gewesen. In der Flugschrift ist genau das Wort Revolution definiert.

Advokat Freitag (Pflanzen): Ich muß hervorheben, daß der Herr Präsident bloß die belastenden Momente aus den verlesenen Schriftstücken hervorhebt, alle entlastende Punkte aber verschweigt. Der Herr Präsident hat wohl bei einer ähnlichen Gelegenheit geäußert: Es sei dies Sache der Verteidigung. Wir ist das vollständig neu und ich wiederhole, daß es sich ganz anders anbahnt, wenn die entlastenden Momente ebenfalls durch den Mund des Präsidenten hervorzuheben werden, als wenn dies durch uns geschieht.

Präsident: Ich werde dem Verlangen des Herrn Verteidigers nachkommen, wenn ich Gelegenheit dazu haben werde. Diese habe ich bis jetzt noch nicht gehabt.

Liebknecht: Nach der letzten Aeußerung des Herrn Präsidenten muß ich bemerken, daß er von unserer Schuld schon im Voraus überzeugt ist. Der Herr Präsident hat aufs Positivste erklärt: Er habe noch keine entlastenden Momente in den hier vorgelesenen Schriftstücken gefunden.

Präsident: Ich bin mir vollkommen meiner Pflicht bewußt; ich muß aber bemerken, daß die Angeklagten zwei Verteidiger haben.

Ein Geschworener: Er sei der Meinung, daß der Gerichtshof die belastenden Momente hervorzuheben hat, während die entlastenden zu betonen Sache der Verteidigung ist. Im Uebrigen müsse er bemerken, daß die Geschworenenbank sich durch nichts beeinflussen lasse. Es seien jetzt so viele Reden gehalten und so viele Schriftstücke verlesen worden, daß man sich bereits ein Urtheil bilden kann.

Advokat Freitag (Pflanzen): Ich zweifle durchaus nicht an der Urtheilskraft der Herren Geschworenen. Ich wollte bloß die Parteilichkeit des Herrn Präsidenten hervorheben.

Präsident: Ich bin vollständig unparteiisch. Es bedarf auch bloß der einfachen Verlesung der Schriftstücke; die Ansichten der Angeklagten sind uns ja zur Genüge bekannt.

Nebel: Nach dieser Aeußerung des Herrn Präsidenten sind wir nicht unserer Handlungen, sondern unserer Meinungen wegen angeklagt; ich konstatire, daß der Prozeß gegen uns ein Tendenz-Prozeß ist.

Präsident: Der Angeklagte hat mich mißverstanden. Ich habe gesagt: eine Interpretation zu den hier verlesenen Schriftstücken ist meinerseits überflüssig. Ich bin aber geneigt, nach jeder Verlesung die Angeklagten zu fragen, ob sie auf das Betreffende etwas zu bemerken haben, und erachte es in Folge dessen für meine Pflicht, auch die gravirenden Punkte hervorzuheben, damit das Verfahren ein schnelleres wird.

Auf die Verlesung eines Manifestes an die deutschen und französischen Arbeiter, unterschrieben von einem deutschen Sozialdemokraten, wird seitens der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung verzichtet.

Es gelangt nun ein Brief von Carl Hirsch, gerichtet an den Braunschweiger Ausschuß, zur Verlesung, den Liebknecht als einen Anglistbrief bezeichnet.

Advokat Freitag (Leipzig): Es ist in der Presse wiederholt behauptet worden, daß es in diesem Briefe heißt: Man wird Euch verurtheilen und das von Rechtswegen. Ich ersuche den Herrn Präsidenten die Form zu konstatiren, in welcher diese Worte geschrieben sind: „Von — Rechts — Wegen.“ Es geschieht.

Auf Verlesung eines Manifestes des Braunschweiger Ausschusses vom 18. Juli 1869 wird ebenfalls verzichtet.

Es gelangt hierauf ein Bericht des Ausschusses über den Stuttgarter Kongreß zur Verlesung.

Liebknecht (auf Verlangen des Präsidenten), ob er darauf etwas zu erwähnen habe? Ich kann den Grund der Verlesung dieses Berichtes nicht erkennen, deshalb habe ich auch nichts zu bemerken.

Präsident: Sie können also hieraus am deutlichsten mein Verfahren beurtheilen. Aus dem Briefe geht hervor, daß der Ausschuß auf die Agitation unter der ländlichen Bevölkerung sehr viel Gewicht legte.

Liebknecht: Ich halte diesen Punkt für entlastend. Es leuchtet daraus hervor, daß wir nur propagandistische Zwecke im Auge hatten.

Nebel: Wir haben keine Ursache, die Zahl der Mitgliedschaften, die in diesem Berichte nicht angegeben ist, zu verschweigen. Ich behaupte nur, daß ihre Zahl nicht eine fünfziffige ist. Auf dem Stuttgarter Kongreß waren durch Delegirte 10,600 Mitglieder vertreten. Die Lokalvereine standen mit dem Ausschuß in keinerlei Verbindung und gehörten als solche nicht zur Partei. In Verbindung mit dem Ausschuß traten bloß die Mitglieder der Partei an den einzelnen Orten als Einzel-Individuen, die sich bald in regelmäßig wiederkehrenden Zeiträumen bald unregelmäßig versammelten. Der Bericht selbst ist auf dem Stuttgarter Kongreß in meiner Anwesenheit verlesen worden.

Hepner: Ich halte die Parteistener-Angelegenheit in diesem Prozesse für höchst unwichtig. Daß Mitgliedschaften Steuern an ein Central-Comite geschickt haben, ist schon längst einmal dargelegt. Vor 1800 Jahren trugen Barnabas und Saulus die Steuern der Antiochener Gemeinde nach Jerusalem, wie aus der Apostelgeschichte Kap. 12, V. 25 (in Verbindung mit Kap. 11, V. 27) zu ersehen ist. (Große Heiterkeit, die selbst einzelne Mitglieder des Gerichtshofes ansteht.)

Nach Verlesung eines Briefes von Vohorst an Marx bemerkt Liebknecht, er habe dazu nichts zu erwähnen, da es ein Privatbrief sei.

Nebel hebt hervor, daß dieser Brief mit einem bereits verlesenen in Verbindung stehe.

Es wird hierauf ein Brief von Hainichen verlesen, worauf gegen 11 Uhr 55 Minuten eine Pause bis 12 1/2 Uhr eintritt.

Nach der Pause ergreift der Präsident das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Er sagt: Mir ist von Herrn Liebknecht heute der Vorwurf der Borringemommenheit gemacht worden. Ich habe in der Pause Zeit gehabt, über diesen Vorwurf nachzudenken und gestehe zu, daß ich zu demselben Veranlassung gegeben haben mag durch eine zu kurze Ausdrucksweise. Der Herr Verteidiger hatte gesagt, ich möge nicht nur immer die belastenden, sondern auch die entlastenden Momente verlesener Schriftstücke betonen. Herr Liebknecht sagte nun heute früh, es sei von mir bisher noch immer kein entlastendes Moment hervorgehoben worden, worauf ich entgegnete, es sei von mir noch kein entlastendes Moment entdeckt worden. Ich wollte aber sagen, es sei von mir noch keine gefunden worden, das nicht bereits durch die Herren Verteidiger erwähnt worden wäre. Dabei bleibe ich aber auch stehen, denn es ist die Pflicht der Verteidigung, jedes entlastende Moment sofort vorzubringen. — Außerdem erwähne ich noch, daß mir von Dr. Smoboda, der sich durch einen Ausdruck des Herrn Liebknecht beleidigt glaubt, ein Telegramm zugegangen ist. Dieses Telegramm, das nicht aus meinen Händen gekommen, finde ich wörtlich abgedruckt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. — Auch erhielt ich einen Brief von Wählfasser aus Bräun.

Hierauf wird aus dem Vorboten ein Manifest an die landwirthschaftliche Bevölkerung verlesen. Liebknecht: Der Inhalt des Manifests ist nach meiner Ansicht nicht strafbar. Auf dem Eisenacher Kongreß war Beder in Genf, Oberwinder in Wien und ich mit der Ausarbeitung eines solchen Manifestes beauftragt. Ich hatte keine Zeit, und dem von Beder gegebenen Entwurfe stimmte ich nicht bei. Ich legte den Entwurf, — d. i. der Verlesene, — ins Redaktionspult und druckte ihn auf besonderes Drängen Beder's ab, nachdem er im Vorboten bereits erschienen war, — zum Zeichen meiner Nichtübereinstimmung mit der Bemerkung, daß er aus dem „Vorboten“ sei. Das Manifest selbst trägt das Datum 16. November 1869 — im „Volkstaat“ kam es zum Abdruck im März 1870. Daß ich mich zur Aufnahme auch solcher Sachen verpflichtet hielt, mit welchen ich nicht ganz übereinstimmte, sobald sie von befreundeter Seite kamen, habe ich schon oft gesagt. Ich table beispielsweise in dem Manifest den Ausdruck „Diebe“, der für die Grundbesitzer gebraucht wird — ich und meine Partei, wir verstehen die Sache von der Person zu trennen.

Bebel: Ich sehe nicht ein, inwiefern der verlesene Aufsatz belastend sein soll. Man sagt, wir wählten die Hauptstützen des heutigen Staats, gebildet durch die Bauern und das Militär, zu unterwählen. Aber findet denn ein unterwählendes, ein geheimnißvolles Werten von unserer Seite und von der Internationalen überhaupt statt?

— Da steht in Nr. 37 vom 4. Sepbr. 1869 des Demokr. Wochenblattes ein Aufsatz vom Bajer's Kongreß: „Die bestillosen Handarbeiter an die bestillosen Kopfarbeiter.“ Dieser Aufsatz richtet sich an alle Kopfarbeiter, offen und frei, nicht heimlich und unterwühlend, er richtet sich auch an jeden Beamten, selbst an den Herrn Staatsanwalt; denn auch dieser kann der Internationalen beitreten.

Hepner bestätigt, daß Liebknecht sich weigerte, den Aufruf an die Landbevölkerung in den Volkstaat anzunehmen.

Advokat Freitag (Leipzig) konstatirt, daß die nächste Absicht des Aufrufs die gewesen wäre, zu belehren.

Hierauf wird eine Druckschrift vorgelesen: „Ein Euro-päischer Soldat an seine Mitkämpfer“, welche sich bei den Braunschweiger Akten befindet. In Beziehung damit stehen zwei Briefe, darunter einer von Vohhorst an Heinen mit der Anfrage, was qu. Schrift in Partien koste.

Advokat Freitag (Blauen): Diese Schrift ist nicht bei den Angeklagten gefunden worden.

Staatsanwalt Hoffmann: Nein, sie ist aus den Braunschweiger Akten.

Nach Verlesung der Broschüre von Carl Heinen gelangen noch einige Briefe zur Verlesung. Einer ist von Vohhorst, der andere von Müll aus Nürnberg, die sich darin über die verlesene Broschüre günstig äußern und sich nach dem Preise derselben erkundigen. Ferner wird ein Brief von Göre aus Wien, an Liebknecht und Thiele in Leipzig gerichtet, verlesen, der sich in gleicher Weise nach dem Preise erkundigt und die qu. Broschüre zur Agitation unter'm Militär für sehr geeignet hält.

Präsident: In der Broschüre wird aufgefordert zum Treubruch des Militärs und zum Hirtenthum.

Liebknecht: Diese Flugchrift ist im Jahre 1848 erschienen; sie ist bei keinem der Angeklagten vorgefunden worden. Sie hat auch von keiner anderen Seite in der Partei irgend welche Verbreitung gefunden. Die erste Verbreitung hat sie überhaupt hiebei im Gerichtslande durch das Verlesen erfahren. Vohhorst hat lediglich als Privatperson qu. Bestellschreiben geschrieben, und wir haben schon wiederholt daran hingewiesen, wels' große Uebergrieffe sich Vohhorst zu Schulden kommen ließ. Man drohte ihm sogar einst mit Abhebung und beschloß: nur diejenigen Schriftstücke haben Gültigkeit, die von mindestens 2 Ausschussmitgliedern unterzeichnet sind. Denn ich muß erklären: nur ein Agent provocateur oder ein Tolkopf kann sich herbelassen, diese Schrift zu verbreiten. Ich halte meinen Freund Vohhorst für durchaus keinen Agent provocateur, aber bisweilen für einen Tolkopf. Was den Brief von Göre aus Wien anlangt, so sagt der Schreiber desselben nicht hier auf der Anklagebank. Ich kann doch nicht für alle Briefe, die ich empfangen, verantwortlich gemacht werden. Der Herr Staatsanwalt wird sich wohl noch erinnern, daß ich ihm vergangenen Sommer einen aus London an mich gerichteten Brief übergab, in dem die größten Beleidigungen gegen den Kaiser von Deutschland enthalten waren.

Der Herr Staatsanwalt selbst hat damals kaum daran gezweifelt, daß dieser Brief von einem Agent provocateur herrühre. Daß ich den Brief von Göre zu Gesicht bekommen hätte, ist mir nicht erinnerlich; er ist zunächst an Thiele in die Druckerei gekommen, da er fast rein geschäftlicher Natur war. Hätte ich ihn gelesen, so versichere ich Sie, meine Herren, im Interesse des Herrn Göre würde der Brief nicht mehr existiren.

Hun Schlaffe muß ich betonen, daß Heinen nicht nur stets mein entschiedener politischer Gegner war, sondern sogar mein Feind ist. Mir ist derselbe stets als ein höchst lächerlicher Mensch erschienen. Er kam einmal in Bremen wegen eines Preßvergehens mit dem Staatsanwalt in Collision, floh nach der Schweiz und wollte dann durch kleine Flugchriften „das monarchische Deutschland aus den Angeln heben.“ Bei dem Reichsversammlungskongreß in Baden 1849 entlof er, als er die erste preussische Kugel pfeifen hörte. Später ging er nach Amerika und bekämpfte Marx und mich auf's heftigste in einer von ihm dort herausgegebenen Zeitung. Und eine Broschüre dieses Heinen, mit der Keiner von uns das Geringste zu schaffen hat, wird hier als Hauptbelastungsmaterial gegen uns benutzt! Es ist das charakteristisch für diese ungeheuerliche Anklage. Wüßten wir den Rebeschloß des Kometen. Jetzt haben wir den Kern. Und gleich dem Kern der wirklichen Kometen, ist auch dieser nichts als Bebel.

Bebel: Ich habe von der Broschüre erst jetzt durch die Vorlesung Kenntniß erhalten und muß gestehen, daß ich sie für sehr ungeschickt halte.

Hepner: Als diese Broschüre erschien, war ich gerade anderthalb Jahr alt.

Advokat Freitag (Blauen): Ich will bloß konstatiren, daß man sich jetzt mit einer Broschüre, die zu keinem der Angeklagten in irgend welcher Beziehung steht, 1 1/2 Stunde beschäftigt hat. (Große Heiterkeit.)

Hierauf gelangt ein Brief vom Ausschuss an Walster, sowie eine Antwort von letzterem zur Verlesung. Es handelt sich bei diesen Briefen um einen für den „Volkstaat“ zu schreibenden Roman.

Liebknecht: Die Briefe sind weder an einen der Angeklagten gerichtet, noch von einem derselben geschrieben. Was die in denselben vorfindenden Ausdrücke anlangt, so muß man sie dem dichterischen Gegenstand zu Gute halten. Es handelt sich hier um Abfassung eines Romans, gegen dessen Aufnahme in den „Volkstaat“ ich mich ganz entschieden verwahrte. Will man nun auch noch einen Roman zum Hochverrath machen, so macht man diesen Hochverrath zum Roman.

Nach dieser Theorie müßte man den deutschen Wähnenverwaltungen rathen, Stüde wie Wilhelm Tell u. s. w. nicht mehr aufzuführen, da sie sonst gar bald sich eine Anklage wegen zum Hochverrath vorbereitender Handlungen zuziehen könnten.

Bebel und Hepner erklären, daß sie gegen Aufnahme des Romans in den „Volkstaat“ gewesen wären.

Advokat Freitag (Leipzig) bittet zu konstatiren, daß sich in den Untersuchungsakten mindestens 12 Briefe befinden, in denen sich Liebknecht gegen die Aufnahme qu. Romans in den „Volkstaat“ äußert.

Staatsanwalt Hoffmann: Ich erinnere mich all' dieser Briefe. Hierauf wurde die Verhandlung gegen 3 1/2 Uhr Nachmittags vertagt.

5fte Sitzung, Freitag, 22. März. Eröffnung gegen 9 Uhr.

Staatsanwalt Hoffmann kommt auf die von der Verteidigung gestern angemeldete Nichtigkeitsbeschwerde zurück. Aus den Akten des Bezirksgerichts Leipzig (1869) geht hervor, daß Liebknecht zur Verantwortung gezogen wurde, weil er das Programm des „Felleisen“ abgedruckt. Das Urtheil lautete auf 6 Wochen Gefängniß, wovon Liebknecht 1869 den einen Theil, den anderen bis auf einen Tag 1870 verbüßte. Der eine Tag blieb unverbüßt, um eine Verurtheilung oder Mitanrechnung der Strafe für den Fall einer Verurtheilung in gegenwärtigem Prozeß möglich zu machen. Nachdem über Herrn Liebknecht jenes Urtheil gesprochen, nachdem er wußte, daß das Felleisen strafbar sei, hat er dennoch wiederholt im Volkstaat dasselbe Blatt empfohlen. Der Staatsanwalt überreicht hierauf die fraglichen Akten sowie die Nummern 26, 50, 52 und 79 des Volkstaat vom Jahre 1870, welche die Empfehlung des Felleisen enthalten.

Liebknecht: Ich habe schon öfter konstatirt, daß regelmäßig wiederkehrend die Parteiblätter im „Volkstaat“ empfohlen wurden.

Die Verteidiger halten trotz der Verlesung der fraglichen Empfehlungen ihre Nichtigkeitsbeschwerden anrecht und

Advokat Freitag (Leipzig) bemerkt: Darons, daß ein einzelner Artikel des „Felleisen“ strafbar befunden worden ist, kann nicht die Strafbarkeit des „Felleisen“ an sich gefolgt werden. Wir haben auch die Nichtigkeitsbeschwerde nicht angemeldet um der Empfehlung willen, sondern weil ein Artikel unter der Bezeichnung als Belastungsmaterial vorgelesen wurde, um deswillen Liebknecht bereits angeklagt und bestraft ist.

Bebel: Wenn die Logik des Herrn Staatsanwalt richtig ist, so ist sie auch auf den Volkstaat anwendbar. Derselbe ist in vielen Artikeln schon bestraft — folglich müßte der Volkstaat an sich als staatsgefährlich bestraft werden.

Es werden hierauf zwei Mittheilungen Brade's an Vohhorst und zwei andere Vohhorst's an Brade, enthalten in einem für Privatmittheilungen denäphten Büchlein und bei den Braunschweiger Akten liegend, verlesen.

Der Präsident hebt daraus hervor, daß die Ziele der Partei schließlich nicht auf friedlichem Wege zu erreichen seien und daß man sich auf die Gewalt vorbereiten müsse.

Liebknecht: Die Mittheilungen sind von Brade's, resp. Vohhorst's Hand. Ich konstatire, daß „revolutionär“ hier in dem schon oft von uns betonten Sinne gebraucht ist. Auch die Ausdrücke: „Doktrinarer und praktischer Revolutionarismus“ beziehen sich auf nichts weiter, als auf den in den Mittheilungen angedeuteten Plan, die Cigarettenproduktion zc. praktisch in die Hand zu nehmen. Außerdem konstatire ich, daß all' das (oben Verlesene) nur Privatäußerungen sind, aus welchen noch zudem hervorgeht, daß der Ausschuss sich oft über seine amtlichen Funktionen nicht klar gewesen ist. Das aber, was einzelne Mitglieder des Ausschusses, als Privatpersonen, sagen oder thun, das kann doch für mich nicht bindend sein, und für die Partei auch nicht. Der Ausdruck „wenn nicht mit Güte, dann mit Gewalt“, scheint mir durchaus nicht belastend; denn wenn einmal die Nothwendigkeit zur Gewalt zu greifen da ist, dann ist auch die Gewalt da, ohne daß Jemand besonders etwas dazu thun müßte oder nur thun könnte. Bei dem Ausdruck: „Vorbereiten zur Gewalt“ betone ich besonders den Umstand, daß er in einer Privatkorrespondenz gebraucht wird. Wenn die Partei demit übereinstimme, dann müßten doch, ich wiederhole das, unter den Bergen konfiszirter Schriften zc. einige die Partei gravirende Sachen gefunden werden sein. Man hat aber nichts, gar nichts weiter, als dieses armselige Schöpschen, „Vorbereiten der Gewalt“ aus einer privaten Korrespondenz. Mag diesen Ausdruck der verantworten, welcher ihn gebrauchte, nämlich Brade. Er hat sich sogar schon verantwortet, man hat ihm nichts anhaben können. Was aber geht Brades Privatkorrespondenz uns an? Man hat aber nichts anderes, was einem Beweise ähnlich sähe, gefunden, als diesen Schatten eines solchen. Hätte man etwas Anderes gefunden, man würde uns nicht heute schon den ersten Tag durch die Verhandlungen hindurchschleifen im resultatlosen Bemühen, eine greifbare Handhabe zu finden. Wohl, wir sind eine revolutionäre Partei, wir wollen den heutigen Staat umgestalten — aber man weise das verbindende Glied von der theoretischen Ueberzeugung zum praktischen Handeln nach, man zeige, daß und wo wir versucht haben, den Bebel anzusehen. Wäre man im Stande gewesen, diesen Nachweis zu führen, man hätte uns schon den ersten Tag verurtheilt! Gerade diese von der Anklage so sehr besonte Privatmeinung, gerade der Umstand, daß nicht mehr als sie, für die uns keinerlei Verantwortlichkeit aufgebürdet werden kann, als mächtigstes Beweisstück aufgeführt wird, ist eminent entlastend.

Bebel: Da in den verlesenen mir bisher unbekanntem Schriftstücken mein Name genannt wird, so muß ich bemerken, daß die Schreiber sich auf einen von mir geschriebenen Artikel: „Wie kommen wir zu Geld?“ beziehen. Vohhorst hatte auch den abenteuerlichen Plan, durch Etablierung von Produktiv- und Konsumtionsgenossenschaften die heutige Gesellschaft aus der Welt zu schaffen.

Hepner: Die ganze Korrespondenz geht mich nichts an; ich habe nichts dazu zu sagen.

Auf Befragen seines Verteidigers erklärt Liebknecht, daß auch er erst aus der Untersuchung die verlesene Korrespondenz kennt.

Advokat Freitag (Leipzig): Ich konstatire auch, daß am Schluß des Verlesenen von dem von Nürnberg aus angeregten Gedanken einer Agitation in der Kaserne gesprochen ist. Diese Anregung ist also nicht von Liebknecht ausgegangen. Man würde sich sicherlich nicht auf Müll in Nürnberg berufen, wenn man eine Autorität wie Liebknecht zur Seite hätte. Das Büchlein hat einen absolet privaten Charakter und bitte ich, dasselbe den Herren Geschworenen vorzulegen.

Der Präsident gibt den privaten Charakter zu und läßt das Büchlein auf die Geschworenenbank bringen. Auch konstatirt er, daß sich das Original bei den Braunschweiger Akten befindet.

Advokat Freitag (Blauen) konstatirt noch die in der Korrespondenz hervortretende Meinungsdivergenz zwischen Brade und Vohhorst.

Es wird nun eine Broschüre von Heinen: „Wer und was ist das Volk?“ vorgelesen. Die Verteidigung ist ganz einverstanden damit, daß nur diejenigen Stellen verlesen werden, welche der Staatsanwaltschaft besonders belastend erscheinen.

Advokat Freitag (Blauen): Ich konstatire, daß auch diese Broschüre sich bei den Braunschweiger Akten befindet.

Präsident: Ist den Angeklagten die Broschüre bekannt?

Liebknecht: Daß sie existirt, wußte ich — aber der Name des Verfassers war mir Grund genug, sie nicht zu lesen.

Bebel: Ich habe die Broschüre, möglichen Falls schon vor 1869, hier in Leipzig von einem Kopisteur gekauft. Daß sie sich im Besitz des Ausschusses befand, ob sie von demselben vertrieben wurde und dergleichen, davon wußte und weiß ich nicht.

Hepner: Kurz vor der Einleitung der Untersuchung habe ich die Broschüre gelesen — woher ich sie aber hatte, weiß ich nicht.

Liebknecht: Zum Inhalt habe ich nichts zu sagen als: bei einer Nachsichtung in meiner Wohnung könnten in meinem Privatbesitz viele Sachen gefunden werden, welche zehnmal Schlimmeres enthalten als diese Broschüre.

Bebel und Hepner erklären, daß sie nichts zu bemerken hätten.

Es folgt hierauf die Verlesung einer Anzahl Briefe von Bebel, wobei freilich diese der bei den Akten liegenden in Folge Verzichts der Staatsanwaltschaft gänzlich übergegangen werden.

Bebel erkennt die vorgelesenen von ihm an Brade geschriebenen Briefe für echt an.

Präsident: In dem Briefe vom 3. September heißt es: Ihr müßt die Beiträge ermäßigen, damit wir am Tage der Entscheidung mehr Kräfte haben.

Bebel: Ich habe mich bereits in der Voruntersuchung über diesen

Punkt ausgesprochen und kann hier nur dasselbe wiederholen. Ich habe den Ausschuss ersucht, die Parteikassen zu ermäßigen, damit es auch den Armen möglich werde, der Partei als Mitglied beizutreten. Was den „Tag der Entscheidung“ anlangt, so wollte ich die Lokalvereine aufgelöst wissen, damit das Geld von denselben zur Agitation benutzt werde. Da es, wie bereits hervorgehoben, sehr wenig Lokalvereine gab, so konnte selbstverständlich der Fonds derselben nicht ein solcher sein, daß sich auch nur ein Puff mit demselben ausführen ließe. Mit dem „Tage der Entscheidung“ war die Auflösung der Lokalvereine gemeint.

Ein weiterer Brief, in dem die Äußerung Labendorfs citirt wird: „Man könnte wohl eine Revolution ohne Bauern machen, jedoch nicht ohne Meißeln halten“, hat wiederum auf Propaganda unter der landlichen Bevölkerung Bezug.

Es sollen nun eine Anzahl Briefe von Liebknecht zur Verlesung gelangen; der Staatsanwalt verzichtet jedoch darauf.

Liebknecht: Ich verzichte auch auf die Verlesung. Durch den Antrag des Herrn Staatsanwalts ist ja zur Genüge der harnlose Charakter meiner Briefe konstatirt.

Es gelangt nun eine Abschrift aus dem Preßkopirbuch des Ausschusses zur Verlesung.

Liebknecht: Dieser Brief ist von Brade an Weib gerichtet. Der mir in demselben vorgelesene Optimismus hat sich als ein berechtigter erwiesen. Ich meine doch, daß durch den deutsch-französischen Krieg das Empire in Frankreich gebrochen werden würde. Dies ist geschehen. Ich hoffe wohl bessere Zustände auch für Deutschland, jedoch durchaus keine Proklamirung der Republik. Ferner erlaube ich zu konstatiren, daß die Exekutive der Partei, der Ausschuss, eine vollständig laienmännliche Meinung hatte. Er hat sämtliche ankommenen Briefe getreulich aufbewahrt und alle abgehenden kopirt; sogar ein Preßkopirbuch schloß nicht. So ist es nun gekommen, daß alle Briefe dort konfiszirt und hier vorgelesen werden konnten. Wahrlich, eine Partei, die eine gewaltthätige Revolution beabsichtigt, handelt nicht in dieser Weise.

Der Präsident konstatirt, daß in dem vorliegenden Kopirbuche 15 Briefe enthalten sind.

Liebknecht: Dasselbe wurde kurze Zeit vor der Konfiskation erst angeheftet; jedoch wurde schon vorher von jedem abgehenden Briefe eine Abschrift gemacht (in den „Konzertbüchern“).

Auf die Verlesung der Briefe Labendorfs an Liebknecht wird seitens der Staatsanwaltschaft und Verteidigung verzichtet, nachdem auf Antrag Liebknechts konstatirt worden, daß alle diese Briefe an Liebknecht persönlich gerichtet sein.

Auf die Verlesung einer großen Anzahl von Briefen von Liebknecht, Bebel und Beder, wird ebenfalls seitens der Staatsanwaltschaft und Verteidigung verzichtet.

Es gelangt nun ein 8 Bogen starker Brief von Hepner an den Ausschuss zur Verlesung.

Gegen 12 Uhr 25 Minuten tritt bis Mittags 1 Uhr eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erhält das Wort der Angekl. Hepner: Ich erkenne diesen Brief als von mir geschrieben an, muß aber mein Gestanden darüber ausdrücken, daß ich jetzt seit mehr als 1 1/2 Wochen auf der Anklagebank sitze, ohne daß das geringste Belastungsmaterial gegen mich vorgebracht werden konnte. Auch der verlesene Brief enthält nichts Belastendes; so daß ich sozusagen nur das fünfte Rad am Wagen bin; für meine Mitangeklagten ist der Brief aber entlastender Natur.

Auf eine weitere Frage des Präsidenten bemerkt Hepner: Er habe über den Inhalt des Briefes selbst nichts zu bemerken, da der Herr Präsident sich nicht einmal veranlaßt sah, etwas aus demselben hervorzuziehen.

Präsident: Dann werde ich einige Fragen an Sie stellen. Waren Sie als Mitredacteur des Volkstaat vom Ausschuss abhängig?

Hepner: Jawohl!

Präsident: Sie bekennen sich zum republikanischen Glaubensbekenntniß?

Hepner: Natürlich.

Präsident: Was sollte der Satz bedeuten: „Wir können von England am meisten lernen; dort wird die sociale Revolution sehr bald zum Austrag gelangen“?

Hepner: In England sind die ökonomischen Verhältnisse am meisten entwickelt, weshalb dort zunächst eine sociale Revolution zu erwarten steht.

Advokat Freitag (Leipzig): Ich muß hervorheben, daß es in dem Hepnerschen Briefe mehrmals heißt: „Wir müssen belebend sein“ zc. Liebknecht erklärt: daß bis zur Untersuchung er einzig und allein für Alles, was im „Volkstaat“ gefanden, verantwortlich ist.

Ein Geschworener fragt Hepner: Was die Stelle in seinem Briefe bedeuten solle: „Die preussischen Correspondenzen werden doch auch nicht in Berlin genacht“.

Hepner: Wir hatten in Berlin mehrere Correspondenten und um dieselben vor Stichelei zu schützen, liehen wir uns Gedanken von ihnen mittheilen, die wir alsdann hier ausarbeiteten. Die Form war von uns, der Inhalt stammte aus Berlin.

Präsident: Dies ist doch aber nicht journalistischer Gebrauch. Wenn man nichts Geheimen oder Strafbares betreibt, so kann man doch offen vorgehen.

Hepner: Wir hatten mit den Berliner Briefen ein eigenes Pech. Diese gingen oft verloren.

Liebknecht: Wir erhielten auch so viel Correspondenzen, insbesondere aus Berlin, daß wir sie im Original nicht alle aufnehmen konnten; deshalb diese Bearbeitung. Im Uebrigen ist dies Verfahren in alle anderen Zeitungredaktionen ebenfalls eingeführt. J. B. die Bismarck'sche Norddeutsche Allgem. Zeitung, deren Mitredakteur zu sein ich einige Zeit die sehr zweifelhafte Ehre hatte, ließ wenigstens früher, ihre auswärtigen Correspondenzen sämtlich in Berlin machen.

Es werden hierauf drei weitere Briefe Hepners an den Ausschuss vom März 1870, geschrieben in Abwesenheit Liebknecht's und Bebel's, verlesen.

Hepner bekennnt sich als Verfasser derselben.

Präsident: Sie weisen in diesen Briefen den Ausschuss auf die Nothwendigkeit hin, nach Möglichst Agitatoren zu senden und Sie erkundigen sich über die Möglichkeit des Abdrucks eines Arbeiterliedes zum Zwecke der Agitation.

Hepner: Die Rostliger hatten sich fälschlich an mich gewendet, der ich nichts von dergleichen Sachen verstand — und in Betreff des Gedichts „Wer und arbeit“ müßte ich mir, da Liebknecht und Bebel verreckt waren, Rathsh erholen.

Zwei kleine Büchlein, ein Verzeichniß für Bücher und Schriften, welche zum Verkauf gezogen worden sind, und ein Portoverzeichniß, ergeben, daß J. B. „Castelar's Rede wider die Monarchie“ in wahrscheinlich sehr großer Auflage gedruckt worden ist. Dann sind noch angeführt: Das Normalstatut für Vereine — Das Arbeiterlied — Dieffen's zweiter Vortrag — Der Staat und das Genossenschaftswesen von Jüsch — Unsere Ziele von Bebel.

Präsident: Die Beweismittelliste ist hiermit erschöpft. Die Verteidigung hatte sich Anträge zur Verlesung von Entlastungsmaterial vorbehalten und zunächst auf die Schrift von Hirsch: „Das Weien der Republik“ verwiesen.

Advokat Freitag (Leipzig): Die Schrift ist durch den Ausschuss und für Rechnung des Ausschusses vertrieben worden. Alles, was sie enthält, ist hier bereits ausgesprochen; ich will die schon so unendlich langen Verhandlungen nicht weiter hinausziehen, und verzichte auf die Verlesung der Schrift.

Präsident: Sie haben sich auch ferner auf das Ausschuss-Sitzungsprotokoll bezogen.

Advokat Freitag (Leipzig): Es ist mir nur wichtig, zu konstatieren, womit der Ausschuss sich beschäftigte. Man hat die Protokolle vorgefunden — greifen Sie ein beliebiges heraus und lesen Sie es vor!

Aus dem nur 9 beschriebene Seiten fassenden Protokollbuche wird ein Protokoll vorgelesen, welches sehr harmloser Natur ist.

Advokat Freitag (Leipzig): Im Uebrigen will ich mich ebenfalls sehr kurz halten. Ich folge dem Gange der Beweisführung und erlaube zunächst um Verlesung des Brüsseler Programms der Internationale, sowie eines Berichts des Generalraths an die Mitglieder, beide enthalten in dem demokratischen Wochenblatte.

Diesem Antrag wird Folge gegeben und ebenso dem folgenden, den Schluss eines Briefes von Vebel an Bracke in Betreff des Waldenburger Striess zu verlesen, worin Vebel betont, daß die Internationale doch noch sehr wenig praktische Bedeutung habe.

Advokat Freitag (Leipzig): Nun könnte ich auch tagelang zur Entlastung Artikel aus dem Volksstaat und demokratischen Wochenblatt verlesen lassen, aber ich beschränke mich auf die Verlesung zweier Artikel, welche für die Auffassung der Worte „Kampf“ und „Revolution“ von Werth erscheinen.

Die beiden Artikel, enthalten in Nr. 21 und 43 des demokratischen Wochenblatts von 1869 werden hierauf verlesen.

Hierauf werden einige Briefe von Liebknecht und Vebel über den Volksstaat verlesen.

wonach Advokat Freitag (Leipzig) konstatirt, aus diesen Briefen geht hervor, daß die Angeklagten bloß den politisch-prinzipiellen Kampf betonen.

Ein Geschworener fragt Liebknecht, ob das Abonnement auf den „Volksstaat“ stets im Wachsen gewesen und wie hoch die gegenwärtige Zahl der Abonnenten sei.

Liebknecht: Dieselben sind stets im Wachsen gewesen; gegenwärtig betragen sie die Unkosten; er hat 4700 bis 4800 Abonnements. Ferner hebt Advokat Freitag (Leipzig) hervor, daß aus diesen Briefen ersichtlich sei, daß Labandorff wohl sehr viele Briefe gegen Liebknecht, aber nicht an Liebknecht geschrieben.

Liebknecht bemerkt, daß er noch aller zwischen ihm und Labandorff bestehenden Differenzen jenen für einen in jeder Beziehung ehrenhaften Charakter hält.

Es gelangt ferner ein Brief von Liebknecht an Bracke, sowie ein Brief von Bracke an Bonhorst zur Verlesung.

Advokat Freitag (Leipzig) betont, daß Liebknecht und Vebel sehr viel für die Bildung der Arbeiter gethan haben.

Hierauf werden die Verhandlungen gegen 3 Uhr Nachmittags vertagt.

Zwölfte Sitzung, Sonnabend, 23. März.

Eröffnung gegen 9 Uhr.

Die auf Antrag der Verteidigung vorgeladenen Zeugen kommen zur Vernehmung und zunächst tritt ein der Zeuge Kaufmann Hermann August Franz Wilhelm Bracke aus Braunschweig, 29 Jahr alt. Derselbe ist mit den Angeklagten weder verwandt noch verschwägert, dagegen kennt er dieselben persönlich.

Auf spezielle Befragung des Präsidenten gibt Bracke an, daß er Parteimitglied noch jetzt ist und daß er seiner Zeit dem Braunschweiger Ausschuss als Kassierer angehöret hat. Der Ausschuss bestand aus fünf Mitgliedern, unter welchen sich auch die beiden andern Zeugen, Spier und Bonhorst, befanden. Wegen des September-Manifestes wurden wir in Braunschweig verhaftet und nach Löwen transportirt. Hierauf folgte eine Untersuchung wegen Hochverrats. Diese wurde schließlich fallen gelassen und eine Anklage wegen geringerer Vergehen angehängt. Ich ward zu 16 Monaten verurtheilt, das Urtheil wurde cassirt und schließlich erfolgte eine Verurteilung zu 3 Monaten auf Grund eines bis dahin nicht angezogenen Paragraphen.

Während meines längeren Aufenthalts in Leipzig habe ich mit den Familien der Angeklagten verkehrt, mit den Angeklagten jedoch über mein abgehendes Zeugniß nicht gesprochen. In Betreff des Verhältnisses des Ausschusses zu den Angeklagten ist zu sagen, daß Redaktion und Expedition des „Volksstaat“ unter dem Ausschuss standen. Jedoch war eine Entlassung der Redakteure und Expedienten so ohne Weiteres dem Ausschuss nicht möglich, da über dem Ausschuss noch die Kontrollkommission und der Parteikongress stand. Bei Gelegenheit eines Zwischenfalls mit Liebknecht wies uns Letzterer auch darauf hin. Auf die Haltung des Parteiorgans hatte der Ausschuss einen Einfluß, jedoch konnte er natürlich die einzelnen Artikel nicht kontrolliren.

Einfach behauptete dem Ausschuss die in Berliner Briefen — die jedoch sicher nicht von Liebknecht geschrieben wurden — gebrauchte Form des Ausdrucks nicht und wir mochten dies. Der Erfolg war unseren Wünschen entsprechend.

Mit den Angeklagten habe ich privatim korrespondirt, vielleicht auch in diesen Briefen die und da Ausschussangelegenheiten abgemacht. In Betreff des Verhältnisses zwischen dem Ausschuss und dritten Personen ist zunächst mit Bezug auf die Internationale zu bemerken, daß wir dieses Verhältniß als ein freundschaftliches, auf übereinstimmenden Prinzipien beruhendes behandeln zu müssen glaubten.

Eine offizielle Angehörigkeit an die Internationale war dem Ausschuss und der Partei der bestehenden Weise wegen nicht möglich. Dagegen suchten wir den Einzelpersonen die Möglichkeit der persönlichen Mitgliedschaft an derselben zu bieten. Unter den Ausschussmitgliedern waren Bonhorst, Spier und ich zugleich Mitglieder der Internationale. Wir wissen, daß der Ausschuss nicht offiziell mit dem Generalrath verkehren durfte, aber einige Mal verkehrten wir doch als Ausschuss, jedoch nicht in Sachen der Partei, sondern in Sachen der Internationale. Einmal, morauf ich mich bestimmt erinnere, handelte es sich um die Verurteilung des Kongresses der Internationale. Im Allgemeinen ist es ja schwer, die kleinen Formen immer streng festzuhalten. Einmal haben wir an Marx in Sachen der Partei geschrieben. Die Leipziger hatten über den letzten Krieg, den wir schließlich als Verteidigungskrieg ausfiel, eine andere Meinung. Dies veranlaßte einen Konflikt, und um diesen beizulegen glaubten wir eine Berechtigung zur Annahme des Urtheils einer Person zu haben, welche von uns allen hochgeschätzt wurde. Diese Person war Marx. Sein Antwortbrief kam kurz vor Sedan und überzeugte mich vollständig. Einen Theil dieses Briefes nahm ich wörtlich in das Manifest des Ausschusses vom 5. Sept. d. 1870 auf. Privatim korrespondirte Bonhorst und ich mit Marx. Ich hatte Marx in Hannover kennen gelernt. Den Dr. Labandorff lernte ich in Eisenach kennen. Gelder aus dem Revolutionsfonds nahmen wir nur bedingungslos an. Johann Philipp Becker lernte ich ebenfalls in Eisenach kennen. Offiziell mit dem Ausschuss hat Becker einmal nur korrespondirt. Es handelte sich um einen von ihm auf dem Stuttgarter Kongress eingebrachten Antrag wegen der Agitation unter der ländlichen Bevölkerung, über den der Kongress zur Tagesordnung überging. Engels' ist mir bekannt, persönlich kenne ich ihn nicht und habe nicht mit ihm korrespondirt. Mit Schweizerischen, österr. und zumal deutschen Parteigenossen hat der Ausschuss sehr oft korrespondirt. Die vorhandenen drei Bände Briefkonzepte enthalten auch Konzepte von Privatbriefen Bonhorst's und von solchen Briefen, welche er eigenmächtig als Ausschussmitglied absenden wollte, hie und da auch abgelehnt haben mag.

In der gegen uns angehängten Untersuchung haben wir diejenigen Konzepte festgestellt, welche als Konzepte von Briefen des Ausschusses zu erachten sind. Es sind auch Konzepte von überhaupt nicht abgeschickten Briefen in den Büchern. Die Konzeptbücher bilden also kein zuverlässiges Material. Als der Ausschuss bestimmt hatte, daß die Korrespondenz des Sekretärs von Spier residirt werden sollte, brachte dieser Korrekturen in den Konzepten an, aber auch so wurden diese Briefe

nicht alle abgeschickt. Als Bonhorst Monate verhaftet war, wurden die Konzepte von Lübeck und Luber, zwei Parteimitgliedern, verfaßt. Zu dem später angekauften Preßtopfbuche befindet sich auch ein Privatbrief von mir an Gerd. Das Protokollbuch ist wohl Bonhorst's Arbeit und ich glaube, daß es nur so lange geführt wurde, als wir an unserer ersten Ansicht, die Protokolle der Ausschussungen zu veröffentlichen, festhielten.

Advokat Freitag (Leipzig zum Zeugen): Sie sind auf dem Eisenacher Kongress gewesen, haben die Partei mit gründen helfen und sind in Eisenach in den Ausschuss gewählt worden?

Zeuge: Jawohl!

Verteidiger: Haben Sie die Partei, die in Eisenach ihren Sitz hat, bei der dortigen Polizei angemeldet?

Zeuge: Ich ging sofort, als ich vom Eisenacher Kongress nach Braunschweig zurückkehrte, in Gemeinschaft mit Spier zu dem Braunschweiger Polizei-Direktor Meyer. Wir haben mit diesem damals ungefähr 1 1/2 Stunde über diese Angelegenheit gesprochen, und der Herr Polizei-Direktor versprach uns, die Anzeige bei der Eisenacher Polizei zu machen. Wir verließen uns jedoch nicht darauf und thaten es selbst. Eine Antwort auf unsere Anzeige haben wir von der Eisenacher Polizei nicht erhalten. Jedoch haben wir aus unseren Untersuchungen erfahren, daß die betreffende Polizeibehörde unsere Anzeige empfangen hat.

Auf weiteres Befragen des Verteidigers erklärt Zeuge: Er habe das Programm und die Organisation der Partei bei der Eisenacher Polizeibehörde ebenfalls eingereicht. Es sind von Bonhorst persönlich mehrere Auftritte entworfen worden, die der Ausschuss als solcher jedoch nicht billigte und die geeignet waren, der Partei zu schaden. Liebknecht war Redakteur, Vebel Expedient und Hupner Mitredakteur des „Volksstaat“; sie erhielten für ihre Thätigkeit aus der Parteikasse Honorar. Einen direkte Gewalt hatten wir über die Redaktion und Expedition nicht. Die zweite Instanz bildete die Kontrollkommission, die dritte der Kongress. Wir hatten nur das Recht, bei statuten Verletzungen des Parteiprogramms gegen die Redaktion einzuschreiten; in Details hatten wir nichts hinzuzusetzen. Wir waren mit einzelnen Ausdrücken, deren sich bisweilen der „Volksstaat“ bediente, nicht ganz zufrieden und suchten diese unsere Ansicht auch geltend zu machen. Unsere Korrespondenz mit den Leipziguern ist zumest in privater Weise geführt worden.

Es ist im Ausschuss und auch wohl in der gesamten Partei stets eine geistige Uebereinstimmung mit dem Generalrath gewesen. Deshalb nahmen wir auch in Eisenach den Passus in das Parteiprogramm: „Wir betrachten uns als Glied der Internationale, soweit es die Gesetze gestatten.“ Wir bedauerten jedoch, daß die Gesetze es uns nicht gestatten, ein offizielles Glied der Internationale zu bilden. Nur als Individuen wurden Parteigenossen Mitglieder der Internationale; nirgends war durch die Parteiangehörigkeit die Mitgliedschaft bedingt. Der Ausschuss hat als solcher die Grenzen seiner Befugnisse nicht immer im Auge behalten und so hat er denn auch einige Male an Marx offiziell geschrieben. Es war dies hauptsächlich der Fall, als wir den General-Rath erluchten, den Kongress der Internationale in Deutschland und zwar in Mainz abzuhalten. Als wir einmal einen Conflict mit den Leipziguern hatten, haben wir uns an Marx als Schlichter gewandt. — Labandorff habe ich in Eisenach zum ersten Male gesehen und er versprach mir damals, Gelder aus dem Revolutionsfonds zu unsern propagandistischen Zwecken zu gewähren. Auch Joh. Philipp Becker habe ich in Eisenach kennen gelernt. Engels habe ich niemals gesehen. Zeitweise hat der Ausschuss mit den Parteigenossen Süddeutschlands, Oesterreichs und der Schweiz korrespondirt. Wir waren zur Zeit dafür, daß der „Volksstaat“ einen Roman aufnehmen sollte, da dieser einer Zeitung leider häufig mehr Leser schafft, als der bestgeschriebene Leitartikel. Deshalb wendeten wir uns an Dr. Walzer nach Dresden, der uns auch einen solchen Roman zur Prüfung einschickte. Wir besahen uns aber mit dem Inhalt desselben nicht im Einzelnen. Die Redaktion des „Volksstaat“ war stets mit aller Entschiedenheit gegen jede Aufnahme irgend eines Romans. — In das Konzeptbuch des Ausschusses hat Bonhorst sogar alle seine Privatbriefe eingetragen. Sämmtliche von Vebel und Liebknecht eingelaufenen Briefe sind von uns mit der größten Sorgfalt aufbewahrt worden. Wir hatten sogar einen Briefschrank, dieser stand in dem Bureau des Ausschusses zu Braunschweig.

Verteidiger (zum Zeugen): Ich werde nun Fragen an Sie richten, die Sie aber zu beantworten verweigern können.

Zeuge: Wir haben eben nichts Geheimnisvolles; ich werde also wohl keine Veranlassung haben, eine Antwort zu verweigern.

Der Zeuge erklärt nun auf Befragen des Verteidigers: Es ist niemals irgend ein Plan zwischen mir oder irgend einem Parteigenossen auf Umsturz der Staatsgewalt verabredet worden. Wir, der Ausschuss, hätten einen Parteigenossen, der uns solche Vorschläge gemacht hätte, für einen Agent provocateur gehalten und ihn sofort aus der Partei ausgeschlossen. Die Agitatoren sind bloß vom Ausschuss ausgesandt worden. Diese hatten lediglich die Aufgabe, die Arbeiter über ihre Klassenlage aufzuklären und sie unserer Vereinigung zuzuführen. In Bezug auf einen von der Hand des Zeugen herrührenden Brief erklärt derselbe, daß er stets betont: Ich halte dafür, daß unsere Forderungen auch auf friedlichem Wege erreicht werden können; jedoch angesichts der Gehässigkeit und Feindseligkeit, mit der uns alle unsere Gegner in Wort und Schrift gegenübertraten, ist die Möglichkeit unserer Forderungen Gewalt anzuwenden müßten. Dann ist es aber nicht unsere Schuld, sondern die unserer Gegner. Deshalb sagte ich, wir müßten die Möglichkeit der Anwendung der Gewalt in's Auge fassen, und nur darum gebraucht ich die Worte: „Vorbereitung zur Gewalt.“ Auch ist mir eine andere Ansicht von Seiten der Angeklagten niemals bekannt geworden. Die Briefe, die wir von Marx erhielten und die wir an Liebknecht schickten, erhielten wir stets von demselben zurück, und wir beobachteten sie dann sorgfältig auf. Nur ein einziger dieser Briefe wurde von Liebknecht nicht an uns zurückgeschickt, weil wir inzwischen verhaftet waren.

Vebel bemerkt, daß der Schriftverkehr von der Expedition des „Volksstaat“ und stets auf Kosten der Parteikasse stattgefunden.

Ein Geschworener: In der Brochüre von Vebel „Unsere Ziele“ sagt er: Wir müssen die möglicher Weise anzuwendende Gewalt ins Auge fassen.

Zeuge erklärt, daß dieser Passus mit demjenigen, der hier angezogen worden, vollständig identisch sei.

Marx hat stets persönlich an uns geschrieben, niemals der General-Rath.

Ein anderer Geschworener fragt den Zeugen, wie es sich mit der einen Antwort an Bonhorst verhalte, wo er ihm schreibe: Unsere obere Behörde ist der General-Rath.

Zeuge Bracke: Ich war damals ungemein beschäftigt und glaubte zu der Ausschussung, zu der mich Bonhorst einlad, nicht kommen zu können. Um ihn nun von den tolen Klängen, die er mir mittheilte, zurückzuhalten, habe ich diesen Ausdruck gebraucht. Als ich am selben Abend sehr spät doch noch in die Ausschussung ging, kam mir Spier entgegen und nannte meine Bemerkungen Unsinns; ich erklärte ihm, aus welchem Grunde ich mich ihrer bediene.

Ein Geschworener: Sie befinden sich aber im Widerspruch mit den Ansichten Vebel's und Liebknecht's. Diese sagten aus, die Forderungen des Eisenacher Programms können durchaus in heutigen Staaten nicht verwirklicht werden.

Zeuge: Unsere im Eisenacher Programm aufgestellten Forderungen können im heutigen Staat verwirklicht werden, jedoch unser Endziel ist die rothe Republik.

Liebknecht: Ich muß bemerken, daß der Staat von heute nicht der Staat von gestern oder morgen ist. Sobald die bestehenden Gewalten sich unseren Forderungen nicht feindlich gegenüberstellen, so lassen sich dieselben auf friedlichem Wege verwirklichen. England ist das Land, wo das meiste Proletariat vorhanden, wo die ökonomischen Verhältnisse am meisten entwickelt sind; dort hat, mit Ausnahme einiger unbedeutender Fabrik-Krawalle nie ein ernstlicher Arbeiter-Aufstand stattgefunden, weil den Arbeitern nicht die Möglichkeit abgeschnitten ist, ihre Forderungen auf dem Wege verfassungsmäßiger Reform durchzusetzen.

Das Uebrigste ist in Frankreich der Fall; dort hatten in kurzen Zwischenräumen drei furchtbare Arbeiter-Revolutionen statt und es kosten dabei Ströme von Blut. In Frankreich ist den Arbeitern der Weg verfassungsmäßiger Reform eben abgeschnitten. Deutschland hat zu wählen zwischen dem Beispiel Englands und Frankreichs.

Präsident: Also bloß dann, wenn die Regierung alle ihre Forderungen bewilligt, werden Sie von der Gewalt absehen?

Vebel: Ich muß gegen diese Insinuation des Herrn Präsidenten protestiren. Wir haben eine solche Ansicht niemals geäußert.

Präsident: Ich habe ganz objectiv gesprochen.

Liebknecht: Wir haben stets betont, daß wir bestrebt sind, unsere Forderungen auf friedlichem Wege zum Austrage zu bringen; allein wenn man uns auf's feindliche gegenüber tritt, wenn man den Versuch machen würde, die Partei zu unterdrücken, ihre Führer in's Gefängniß zu werfen, ihre Briefe zu knebeln, dann ist es nicht unsere, sondern unserer Gegner Schuld, wenn Gewalt angewendet wird und es würde, alsdann unsere Gegner die Verantwortlichkeit für eine etwa entstehende Katastrophe zu tragen haben. Es handelt sich um ein Naturgesetz, nicht um unsere Willen.

Auf Befragen der Verteidigung erklärt Zeuge ferner, er halte dafür, daß die unter Nr. III als die nächsten Forderungen der Partei aufgeführten 10 Punkte, (welche wir heut abdrucken,) sich recht wohl selbst in einem monarchischen Staat verwirklichen lassen, wogegen allerdings die unter Nr. II aufgeführten Ideen und letzten Ziele (ebenfalls heut abgedruckt) den freien Volksstaat, d. i. nach des Zeugen Anschauung die sogenannte rothe Republik, als Vorbedingung der Erfüllung haben. Ein Beschluß, mit Gewalt die Ziele der Partei zu verwirklichen, ist nie gefaßt worden, im Gegentheil hat die Partei stets die friedliche Entwicklung gewollt, sie war jedoch auch überzeugt, daß gewaltsame Kriege kommen können. Wenn den realen Forderungen der Wirklichkeit, sagte Zeuge, Rechnung getragen wird — denn die von der Partei aufgestellten Forderungen können ja solche sein — so wird die friedliche Entwicklung Platz greifen. Wird ihnen nicht Rechnung getragen, dann stehen gewaltsame Forderungen zu erwarten.

Hierauf tritt ein der Zeuge Samuel Spier, 33 Jahr alt, Jude, Lehrer in Frankfurt a.M., früher in Woffenbüttel. Derselbe ist mit den Angeklagten mehr oder minder befreundet, ist Parteimitglied, augenblicklich aber nicht Mitglied der Internationale. Er gehörte zu den Mitgliedern des Braunschweiger Ausschusses. Er sagt aus: Ich halte es für eine Lüge in der Organisation, daß das Verhältniß zwischen dem Ausschuss einerseits und der Redaktion und Expedition andererseits nicht ganz genau festgelegt ist. Mit Engels in London mag Bonhorst privatim wegen Geldangelegenheiten, aus demselben Grunde und in derselben Weise auch Bracke mit Eccarius in London korrespondirt haben.

In Betreff der von Bracke schriftlich gegen Bonhorst gebrauchten Redewendung: „Unsere Zeitung ist international“ bezeugt Zeuge die von Bracke gemachten Aussagen, wie er überhaupt von demselben wesentlich durchaus nicht abweicht.

Endlich tritt ein: der Zeuge Leonhard v. Bonhorst, 32 Jahr alt, katholisch konfessirt, später zu den Deutsch-Katholiken übergetreten, gegenwärtig Konstrukteur einer Braunschweiger Fabrik. Er ist bekannt und, in Folge der gleichen Parteibestrebungen, befreundet mit den Angeklagten.

Gegenwärtig noch Mitglied der Partei, war er bis zu der Löwener Affaire Mitglied und Sekretär des Ausschusses. Mitglied der Internationale ist er im Augenblicke der Vernehmung nicht. Er erklärt: Wir konnten in Braunschweig nur als Einzelne mit dem Generalrath korrespondiren, denn eine Section der Internationale bestand ja nicht, konnte auch nicht bestehen, da wir keinen Antrag auf Aufnahme in London gestellt hatten. Man hätte etwas derartiges doch unter den inbeschlagnummenen Papieren finden müssen. — Daß er sich vielfach ein selbständiges Vorgehen erlaubt, gibt Zeuge zu, ebenso, daß die Konzeptbücher von ihm auch mit Konzepten seiner Privatbriefe gefüllt worden sind. Dagegen ist vom Ausschuss kein offizieller Brief ausgegangen, welcher nicht aus Konzeptbüchern, resp. aus dem kurz vor der Löwener Affaire angekauften Preßtopfbuche zu ersehen wäre. In Betreff der Ausschussungen erklärt Zeuge: dieselben haben nur anfangs häufiger und in aller Form stattgefunden — später wurde fast alles in weniger förmlicher Weise abgemacht. Den Betrieb der Mitgliedsarten der Internationale hat Zeuge persönlich übernommen und nur bei der ersten derbezüglichen Annonce im „Volksstaat“ ohne Autorisation zu seinem Namen den Titel „Sekretär“ gesetzt.

Abgesagt wurden wohl nicht viel über 200 Karten. Eine offizielle Sanktionierung des vom Zeugen auf eigene Faust in Scene gesetzten Schriftenvertriebs von Seiten des Ausschusses hat nie stattgefunden. Bestellt hat er die Heizer'sche Buchhändler aber das Militär nicht. Unter Revolutionarismus versteht Zeuge den Kampf und den Sieg des Prinzipes der Gleichberechtigung.

Auf Anregung Liebknecht's erklärt Bonhorst, daß nur Spier und Bracke die Heizer'sche Schrift über das Militär durch seine (Bonhorst's) Vermittlung gelesen haben. Im Uebrigen stimmen Bonhorst's Aussagen mit denen der beiden andern Zeugen überein.

Von der Verteidigung wird hierauf aus dem in dem Braunschweiger Prozeß gefällten Erkenntniß ein Passus verlesen, worin ein bestimmter Unterschied zwischen illokalen Bestimmungen und Auforderungen zu konkretem Handeln gemacht ist.

Die Verteidigung beantragt dann die Vereidigung der Zeugen. Der Staatsanwalt rath mahnd davon ab.

Nachdem den Zeugen das Protokoll ihrer Aussagen vorgelesen und keine Irrthümer darin berichtigt sind,

erfolgt die Vereidigung derselben. Hiermit ist die Beweisaufnahme geschlossen und der Gerichtshof zieht sich nach Verlesung des Protokolls zurück, um die Fragestellung an berathen.

Nächste Sitzung Montag früh 9 Uhr.

Ueber den Leipziger Hochverratsprozeß wird der „Wittelscheinstädtische Bzg.“, einem Blatte, das den Standpunkt der deutschen Fortschrittspartei vertritt, unterm 15. März aus Berlin geschrieben:

Der Prozeß gegen die Sozialdemokraten Vebel, Liebknecht und Hupner, der gegenwärtig vor dem Schwurgericht in Leipzig spielt, hat eine auffallende Ähnlichkeit mit dem kommunistischen Prozeß, welcher vor nun fast zwanzig Jahren in Köln aufgeführt wurde. Die Anklage lautet wie damals auf Complot zum gewaltsamen Umsturz der Staatsverfassung, jedenfalls auf Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, und um diese Anklage zu begründen, wird, wie damals, ein massenhaftes historisches Material zusammengestellt, das als Indizienbeweis dienen soll. Es ist durchaus dieselbe Methode, einen Tenbenanzprozeß zu konstruiren. Man glaubt sich in das Jahr 1852 zurückversetzt, wenn man in der heutigen Anklageschrift folgende juristische Deduktion liest: „War auch der Tag des gewaltsamen Angriffs noch nicht festgesetzt, war auch die Art der Ausführung desselben noch nicht in ihren Einzelheiten vorgezeichnet, was solches zu dem räthselhaft des Hochverrats besonders weit gefassten Begriffe einer „vorbereitenden Handlung“ an sich nicht erforderlich ist, so war man doch darüber einig, daß der gewaltsame Angriff überhaupt unternommen werden solle und daß die Zeit dann gekommen sein werde, wenn man über eine kompakte und gehörig disciplinirte Kampftruppe als ein geschlossenes Ganzes werde verfügen können, und daß für die Art der anzunehmenden Gewalt die bei allen anderen als Muster aufgestellten Staatsrevolutionen verübte Gewalt maßgebend sei, und das Eine Wort „Gewalt“ ist ja der Inbegriff aller ungesetzlichen und strafwürdigen Revolutionsmittel und umfaßt jedes einzelne derselben, mag es als Revolutionsmittel schon in Übung sein, oder erst während der Revolution je nach der Gestaltung derselben festgestellt werden.“ Dieses ganze Raisonnement ist juristisch so falsch als möglich. Wie kann man zu einem Unternehmen vorbereiten, das nicht als so thies mit den Realitäten der Ausführung fest beschlossenen ist? So lange es an diesem Erforderniß fehlt, kann von einem objektiven Thatbestand nicht die Rede sein. Die Angeklagten müßten die Absicht gehabt haben, später einmal einen gewaltsamen Angriff auf die bestehende Staatsregierung zu unternehmen. Hätten sie diesen Zeitpunkt für gekommen gehalten, so wäre erst der Beschluß des Unternehmens zu fassen gewesen, und dann könnten zur Ausführung dieses Beschlusses vorbereitende Handlungen vorgenommen werden, die dann ebenso, wenn auch in minderer Grade, strafbar waren, als das Unternehmen selbst. Aber die agitatorische Thätigkeit, die ohne einen solchen Beschluß nur mit Hinweisung darauf, daß es künftig einmal dazu kommen müsse, ausgeübt wurde, wäre höchstens als die Vorbereitung zur Vorbereitung aufzufassen, und das ist ein so ungeheurer Begriff, daß jeder Jurist, der sich nicht dem Inquisitionsrichter an die Seite stellen will, davor

zurückzuführen muß. Der juristische Konsens dieser Konstruktionsmethode ist auch bei dem Römischen Prozesse von allen Verteidigern der Angeklagten nachgewiesen worden, und unter diesen befand sich kaum Einer, der mit den Prinzipien der damaligen „Kommunisten“ einverstanden gewesen wäre. Am so weniger hätte man erwarten sollen, daß heute von einem deutschen Gerichte nochmals derselbe Versuch gemacht worden wäre. Bei jenem Prozesse haben freilich auch falsche Zeugnisse mitgespielt und sind gefälschte Aktenstücke produziert worden. Heute wird hoffentlich zu diesen Mitteln nicht gegriffen werden. Aber so abschließend auch diese Mittel waren, so war doch das Abschließliche die Anklage selbst, weil sie dem Rechtsbegriffe jüdische Gewalt anhat, weil sie einen Hochverrath der Meinung und der Tendenz dem Urtheil der Geschworenen unterbreitete. Und trotz alledem wäre in dem damaligen Prozesse kein verurtheilendes Verdikt zu erzielen gewesen, wenn nicht der Staatsstreich vom 2. Dez. unmittelbar vorhergegangen und wenn nicht die Gemüther noch mit dem Schreden vor dem rothen Weipen erfüllt gewesen wären. Wie aber steht es damit heute? Soll jetzt die Furcht vor der Internationalen an die Stelle treten, um eine Verurtheilung herbeizuführen? Nicht auf solche Weise wird man der Bewegung Weipen, die in den arbeitenden Klassen sich trotz der Reaktion der fünfziger Jahre und trotz aller kaiserlichen Regimentskassen weiter und weiter verbreitet hat. **Republikaner und Sozialdemokrat zu sein. Darf nimmermehr im Deutschen Reich als ein Verbrechen bestraft werden.** auch nicht, für Republik und soziale Demokratie parteimäßig zu agitieren. Das Gesetz bietet Handhaben genug für sträfliche Unternehmungen, die aus dem Meinungskampfe hervorgehen können. Aber der Meinungskampf selber wird nicht dadurch unterdrückt, daß man ihn gewaltsam unter einen Artikel des Strafgesetzbuchs subsumirt.

Internationale Metallarbeiterchaft.

Nürnberg. Seit unserem letzten Ausschreiben im „Volkstaat“ betreffend Abhaltung eines Congresses, ist uns bis heute nur von Dresden aus Antwort zu Theil geworden, und zwar dahin lautend, wenn es nicht schon zu spät sein sollte, bis Ostern eine Generalversammlung abzuhalten, denn zu einem allgemeinen Gewerkschaftscongress wäre es zu spät. Den Ort der Generalversammlung zu bestimmen, überließ man uns mit dem Bemerkten, es so einzurichten, daß er in Mitte der meisten Mitgliedschaften sich befände. Wir erkennen Obiges vollständig an, bedauern jedoch, daß uns der Beschluß nicht schon eher zukam und erachten die Zeit selbst für zu spät. Es liegen zwar schon verschiedene Anträge von früher vor die wir unten folgen lassen.

Jedoch ist zu bedenken, daß um das schleunige Zustandekommen einer Gewerkschaftsunion unser Vorgehen verrieth ist, und uns doppelte Kosten zuzieht, wenn wir auch den allgemeinen Gewerkschaftscongress zur Gründung einer Gewerkschaftsunion beschließen wollen.

Unsere Meinung soll jedoch nicht maßgebend sein und erjuchen wir sämtliche Mitgliedschaften, ihre Ansichten geltend zu machen und der Kürze der Zeit halber ihre desfallsigen Anträge sofort an uns gelangen zu lassen. Am paffensten halten wir Leipzig.

Selbstverständlich mühte zu gleicher Zeit in allen Mitgliedschaften mit Beiprechung dieses Gegenstandes Delegirtenwahl verbunden werden, und die Delegirten mühten sich reiferfertig halten, im Falle die Generalversammlung stattfinden sollte.

Von denjenigen Mitgliedschaften, die uns nicht Antwort geben, nehmen wir an, daß sie den Antrag verwerfen; sind es die Mehrzahl von den auf dem Cirkular angegebenen, so unterbleibt die Generalversammlung, so wird nichts weiter extra ausgeschreiben.

Alle Mitgliedschaften, die nicht im Stande sind, selbständig einen Delegirten schicken zu können und doch für die Generalversammlung stimmen, erjuchen wir ihre Mandate gleich mit einzuschicken, damit sie vertreten werden können.

Sollte dies der Fall sein, so erjuchen wir sämtliche Vororte der internationalen Gewerkschaften, sich mit uns ins Bernehmen zu setzen, um ein gemeinsames Vorgehen zur Gewerkschaftsunion zu ermöglichen.

Mit sozialdemokratischem Gruß für die Controlcommission der internationalen Metallarbeiterchaft.

R. Seiffhard, untere Soldnergasse 637a.

Anträge.

Berliner Mitgliedschaft: Erstens möglichst noch dies Jahr einen Kongress zu berufen. Zweitens auf demselben zu beschließen, daß der § 31 dahin geändert werde, daß statt „Ehefrau“ gesetzt wird: „Erben“. Drittens wolle der Kongress für das Zustandekommen einer Union der internationalen Gewerkschaften das Geeignete thun. — Schließlich Verbindlichkeit der Krankenkassen-Angehörigkeit für die Mitglieder wieder herzustellen.

Dresdener Mitgliedschaft: In Erwägung, daß der zum größten Theile ungünstige Verlauf der ausbrechenden Strikes keinen Grund in der mangelhaften lokalen und centralen Organisation der Mitgliedschaften der internationalen Metallarbeiterchaft findet, stellt die Mitgliedschaft zu Dresden den Antrag:

Der Kongress möge die Ursachen dieser Erscheinung eingehend erörtern und über Mittel und Wege berathen, wie diesem Uebelstande erfolgreich abzuhelfen sei und bringt sie zu diesem Zwecke folgende Bestimmungen in Vorschlag:

a) Die Bevollmächtigten der Mitgliedschaften aller Orte für verpflichtet zu erklären, bei in Aussicht stehenden Strikes den Ausschuß davon sofort zu benachrichtigen, die örtlichen Verhältnisse, bez. die am Orte vorhandene Stärke der Fachgenossen überhaupt, sowie speziell die Zahl der internationalen Gewerkschafts-Mitglieder anzugeben.

b) Die Zustimmung des Ausschusses für den Strike davon abhängig zu machen, daß am betr. Orte von der Gesamtheit der Fachgenossen die Hälfte, mindestens aber ein Drittel der internationalen Gewerkschaft angehören.

c) Daß die eingehenden Unterstützungsgelder während der ersten zehn Tage an die Hauptkasse, nach Verlauf dieser Frist aber von derselben an das Strikecomitee auszugeben, sowie alle später eingehenden Unterstützungsgelder von auswärts an die im Strike befindliche Metallarbeiterchaft direkt einzuschicken sind.

d) Den Ausschuß zu verpflichten, die in dieser Beziehung festgestellten Bestimmungen durch das Verbandsorgan den Mitgliedschaften zur Kenntniss zu bringen.

Hannoversche Mitgliedschaft: Der Kongress wolle beschließen, das inspendirte Centralisationsverhältniß der Krankenkasse wieder herzustellen.

Augsburger Mitgliedschaft: In Erwägung, daß der Zweck der Gesellschaft in: Gegenseitige Wahrung der Ehre, der geistigen und materiellen Interessen der Gewerkschaften, die Grundlage derselben demzufolge eine solidarische ist; in weiterer Erwägung, daß der Grund (Kriegsereignisse), weshalb der § 31 während dieser Zeit außer Kraft gesetzt wurde, nicht mehr besteht; es aber nur im Interesse der Gewerkschaft selbst liegt, daß dieselbe ihren statutenmäßigen Vorschriften gegen deren einzelne Mitglieder nachkommt, beantragen die Mitglieder zu Augsburg, die Generalversammlung wolle beschließen:

I. der bis jetzt außer Wirksamkeit gesetzte § 31 tritt wieder in Kraft, und

II. die Krankenkasse wird nimmermehr wieder in der statutenmäßigen Weise ein- und durchgeführt.

Müller in Hamburg stellt folgende Anträge:

1) Der allgemeine, regelmäßige Beitrag eines jeden Mitgliedes ist monatlich 1 Groschen, der unentzückt, weder durch Porto noch sonstige Abzüge, dem gemeinsamen Ausschuß zugestellt werden muß; diese Einnahme wird als Reservefonds zinstragend und sicher belegt, aus diesem Fonds werden die Verwaltungskosten bestritten und die bei allgemeinen Unternehmungen etwa entstehenden Verluste gedeckt.

2) Allocoris, wo mehrere Gewerkschaftsmitglieder sind, haben diese einen Vertrauensmann zu wählen, der die Geschäfte mit dem Ausschuß vermittelt; wo es irgend thöulich, haben sich die Mitglieder als Ortsverein zu konstituieren auf Grundlage eines gemeinsamen Normal-Statuts. Dies Statut ist durch die jetzt bevorstehende Generalversammlung festzustellen.

3) Die Reiseunterstützungskasse ist eine selbständige Institution innerhalb der Gewerkschaft, der Beitritt einem jeden Gewerkschaftsmitglied freigestellt, die Allgemeine Verwaltung wird durch den Ausschuß, die Ortsverwaltung durch den Vertrauensmann besorgt, das Statut hierfür durch die jetzt stattfindende Generalversammlung festzustellen; ganz dasselbe gilt für die Krankenkasse.

4) Der Ausschuß ist beauftragt mit den Ausschüssen anderer Gewerkschaften behufs gemeinsamer Centralisation in Verbindung zu treten und die Vereinbarung zu bewerkstelligen.

5) Bei Genehmigung eines Strikes seitens des Gewerkschafts-Ausschusses hat dieser, wenn nöthig, sofort eine Strikesteuer auszusprechen, deren Höhe für jedes Gewerkschaftsmitglied von ihm festzusetzen ist; diese Steuer hat jedes Mitglied jeden Sonntag dem Vertrauensmann einzuhandeln und dieser jeden Sonntag dem Ausschuß zuzuschicken. Etwasige Ueberreste von Strikesteuern werden dem stehenden Gewerkschaftsfonds zugewiesen.

6) Befürworte ich die Erhaltung der Selbstständigkeit der Gewerkschaft gegenüber der Berliner Vereinigung; die Gesamtheit hat sich keinem Ort, wohl aber der Ort sich der Gesamtheit unterzuordnen. Nur keine Kaiserlicheiten einführen!

Nürnberg Mitgliedschaft. Antrag - Antrag zu § 4. Arbeitet ein Mitglied an einem Orte, wofolst keine Mitgliedschaft besteht, so hat es franko mit Beilegung einer Briefmarke seine Wochenbeiträge wenigstens vierteljährlich an den Vorort zu senden, der ihm alsdann gammirte Quittungstempel, die ins Quittungsbuch einzulegen sind, zuschickt.

§ 31. Zusatz.
Stirbt ein berechtigtes Mitglied, so erhält seine legitime Ehefrau (oder falls sie alimentationspflichtig war, seine Braut) 12 Thlr. Beerdigungsgeld.

Krankenstatut § 4. Zusatz.
Die Unterstützung wird nach Verlauf eines Jahres vom Beitritt ab bezahlt, und dauert ein volles halbes Jahr, kann jedoch durch Beschluß der Mitgliedschaft ausnahmsweise verlängert werden.

§ 5 ist der § 3. Satz zu streichen.

§ 7. Mitglieder, denen kein ausschweifender Lebenswandel nachzuweisen ist, erhalten auch bei körperlichen Krankheiten Unterstützung. (Notiz: nach dem alten § 7 unserer Statuten werden die Gebühren an das betreffende Krankenhaus geleistet, die meistens erstens höher sind, als die Unterstützung beträgt, und zweitens dadurch zu Streitigkeiten Anlaß geben könnten.)

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
In Nürnberg stricken seit Montag den 18. d. M. circa 600 Schneider, wovon 200 unserem Verein angehören. In Fürth (eine halbe Meile von Nürnberg) haben die dortigen Kollegen mit den Nürnbergern gleichzeitig gemeinschaftliche Sache gemacht; auch dort befindet sich eine starke Mitgliedschaft unseres Vereins.

(Auch in Würzburg droht, wie uns Parteigenosse Reith mittheilt, ein Strike.)

Es ist nothwendig, allen Zugang von Nürnberg und Fürth abzuhalten. Der Kampf wird namentlich gegen die Konfektionsgeschäfte hartnäckig werden. Unterstützungen sind zu senden an J. Walling, Plattnersgasse Nr. 5 3 Treppen, in Nürnberg g.

In Braunschweig, Stade und Burg haben sich neue Mitgliedschaften konstituir. In Braunschweig ist Bevollmächtigter Aug. Müller Sieberstraße Nr. 20. In Dresden an Kofals Stelle: Zintner an der Weiser Nr. 33. In meinem nächsten Bericht werde ich die Namen und Wohnungen der anderen Bevollmächtigten, welche mir bis jetzt noch nicht angezeigt sind, veröffentlichen und gleichzeitig über andere Mitgliedschaften, welche in Bildung begriffen sind, berichten. Mit Brudergruß und Handschlag im Namen des Ausschusses.

Berlin, 20. März. A. Reimann alte Jacobstr. 76.
Hannover. Zum Schneiderstrike.
Collegen Deutschlands!

Die Arbeitgeber-Versammlung hat uns folgende Anerbietungen gemacht, und haben wir dieselben, da sie uns annehmbar erschienen, angenommen:

a) Gewährung von 25 Prozent Lohnerhöhung für die Tuch- und schwerste Stoffarbeit.
b) 15 Prozent Lohnerhöhung für die leichte Stoffarbeit.
c) 20 Prozent Lohnerhöhung für die Tagelöhner.

d) Feststellung der Arbeitszeit bei Tag- und Wochenarbeitern von Morgens 6-8 Uhr Abends im Zeitraum von Ostern bis Michaelis, von da ab von Morgens 8 bis 8 Uhr Abends mit Gewährung 1 1/2 stündiger Mittagszeit.
e) Die Nachtarbeit wird dem Stückerbeiter mit 10 Prozent extra vergütet.

f) Die zweite Anprobe wird nach Stunden berechnet. Bei Hosen und Westen werden keine Anproben anerkannt.
g) Die Taschen, welche über 4 in einem großen Stücke, über 3 in einer Weste und über 2 in einer Hose sich befinden sollen, werden mit 2 1/2 Sgr vergütet.

h) Das Arbeitszimmer muß um 7 Uhr geheizt und darf nicht gesundheitschädlich sein.

Collegen! Wir haben einen großen Sieg errungen. Trotzdem giebt es einige Arbeitgeber, welche sich den Majoritäts-Beschlüssen der Arbeitgeber-Versammlung nicht fügen wollen, und ist deshalb ein Strike im Kleinen ausgedroht, deshalb wird noch dringend vor Zugang gewarnt, (besonders von Militärschneidern) bis der Sieg vollständig ist. Wir erjuchen alle arbeiterfreundlichen Blätter, dieses in ihre Spalten aufzunehmen.

Schröder, Schriftführer.
Ude,

Neudorf b. Staffort. Am Sonntag den 3. März hatten wir eine Volksversammlung, in welcher die Herren Bremer und Kees aus Magdeburg über folgenden Punkt der Tagesordnung referirten:

„Wie sind die heutigen Zustände entstanden, wie liegen sie jetzt, und wie sind sie zu beseitigen?“

oder:
die internationale Arbeiter-Assoziation.“

Es waren zugleich einige Freunde der Bernburger Mitgliedschaft des Allg. Deutsch. Arbeitervereins eingeladen, und wir ließen dem Metallarbeiter Herrn Hoffmann aus Bernburg den Vorschlag zu Theil werden, um ihnen zu zeigen, daß wir ihnen nicht feindlich gegenüberstehen. Um kurz zu sein, will ich nur erwähnen, daß, als die Vorträge beendet waren, sich klar herausstellte, daß die Prinzipien beider Fraktionen in sozialer Hinsicht einmündig waren. Angesichts, da die größte Ruhe beobachtet wurde, konnte Jeder seine Ansicht klar und deutlich darlegen, wie die Herren Bremer und Kees, so auch Herr Hoffmann aus Bernburg. Jedoch wollte es der Zufall, daß sich eine Person der größten Väterlichkeit Preis geben sollte; es war der in einer früheren Nummer dieses Blattes in Felz gewidmete Knappschaffs-Artist, der jetzt natürlich diesen Felz wieder verloren hat.

Derselbe trat mit folgender Ansprache auf die Tribüne: Brüder, Kameraden! Daß wir Alle Sozialdemokraten sind, ist bewiesen, denn das liegt schon darin, daß kein Arbeiter mit dem heutigen Lohn zufrieden sein kann. Auch sind schon viele fremde Herren aufgetreten und haben das soziale Elend geschildert, aber noch Niemand hat gesagt, wie und auf welche Art vorzugehen sei, um diesem Elend ein Ende zu machen. (Gelächter) Ja bin gleichfalls Vertreter (oder Vertreter?) von achthundert Mann, so daß Niemand sagen kann, ich hätte die Rechte der Arbeiter noch nicht vertreten.

Jetzt nahm der H. Vorsitzende das Wort und zeigte diesem Herrn zum dritten Male (denn Bremer und Kees hatten es vorher klar ausgedrückt gethan), daß sich die Arbeiter zunächst zu organisieren haben, und dann erst etwas fordern können; zugleich deutete er auch auf die Reichstags-Wahl hin. Damit noch nicht zufrieden, forderte jener Herr zum zweiten Male die Anwesenden auf, sich zu erklären, auf welchem Wege den sozialen Uebelständen abzuhelfen sei — worauf H. Kaufmann das Wort ergriff und ihm in entschiedener Weise erwiderte: Da H. Kunze zweimal mit seiner Forderung herausträte, während darüber schon dreimal gesprochen sei, so nehme er an, daß H. Kunze eine solche Erklärung nur wünsche, um den Verräther und Denuncianten zu spielen, und uns in die Hände des Staatsanwalts zu liefern. Nach ihm nahm Herr Fremmann das Wort, und bewies Herrn Kunze, daß er die Rechte der Leute nicht genügend vertreten und jede Vereinigung zu hintertreiben gesucht habe. Dasselbe that W. Röder. Nun sprach H. Kunz noch einmal und versetzte sich gründlich den Lobeshoch; denn nachdem er vergebens nachzuweisen versucht hatte, daß er eines Jeden Recht vertreten habe, nahm er seine Zuflucht zum Hinweis auf seine Wackelhaftigkeit. Er sei so zu sagen nur der Nachwächter der Knappschaffs-Fraktion. (Allgemeines schallendes Gelächter und Bravo!)

Der Herr Vorsitzende stellte ihn hierauf, wie er es verdiente, in das rechte Licht eines Vopanz und einer Strohpuppe und ermahnete die Anwesenden, diesem Manne ihr Mandat zu entziehen, und an seine Stelle einen Mann zu wählen, der im Stande wäre, die Sache mit Geschick zu vertreten; denn ein Nachwächter wäre solchen Aufgaben nicht gewachsen.

Wie konnte aber dieser Herr auch glauben, daß er in einer ruhig verlaufenden Versammlung Anhang bekommen würde, um dadurch Ständal hervorzurufen? Der vernünftige Arbeiter hat ihm gezeigt, was Wahrheit ist; Jeder kehrte ihm mit verächtlichen Lächeln den Rücken. Wir wünschen, daß in einer demnächstigen Besammlung sich all' unsere Feinde so gründlich blamirten, wie es dieser Herr gethan hat; dann wären wir bald am Ziele. Darum rufen wir unsern Feinden zu: Thut Eure Schuldigkeit! Wir sind Euch dafür zu großem Dank verpflichtet.

Die **Narburger** Parteigenossen wollen auf Wunsch vieler Landleute kurz nach Ostern eine **Massenversammlung für die Landbevölkerung** im Freien in der Nähe von Narburg abhalten. Da es uns aber an einer tüchtigen Rednerkraft gebricht, wäre es uns sehr lieb, wenn wir von Ihnen in dieser Hinsicht unterstützt würden, und erbittet Unterzeichneter, wenn man uns unterstützen wollte, brieflich Nachricht, um dann die Vorbereitungen anordnen zu können.

B. S. Schneider,
Hirschberg 257, Narburg.

Verviers, d. 22. März 1872. Eine Arbeitseinstellung der hiesigen Schneider steht in den ersten Tagen bevor, wir sind gut organisiert, die Meister aber auch; deshalb wird der Kampf von beiden Seiten hartnäckig sein. Die Forderungen sind: 10 stündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung von 10 Pfg. pro Stunde. Die Forderung ist sehr gerecht, indem bei der jetzigen Theuerung noch keine drei Jrs. täglich verdient werden.

Deshalb, Parteigenossen! zeigt, daß Ihr wirklich international gesinnt seid, indem Ihr den Zugang ferne haltet, und fleißige Unterstützungen sendet an:

Peter Schleich
rue du pont No. 2, à Verviers.
Nach Beendigung wird in dem Organe abgerechnet werden.
Für das Komitee: Villard.

An die Parteigenossen!
Todes-Anzeige.

Unserm Freund und Parteigenossen, dem Fabrik-Schuhmacher Hermann Betthaus in Rochlitz ist heute früh 7 Uhr seine Ehefrau durch einen Hirnschlag entzissen worden. Sie hinterläßt 2 un-erzogene Kinder. Da Herr Betthaus außerdem noch für einen 79 Jahr alten Vater zu sorgen hat, ist es ihm unmöglich, die Beerdigungskosten aufzubringen. Wir rufen alle Gesinnungsgenossen für Hermann Betthaus um eine kleine Unterstützung an, indem wir darauf hinweisen, daß er und sein Vater unsere ältesten Vereins- und Parteimitglieder sind. Schnelle Hilfe thut Noth, denn Betthaus ist von Geburt aus arm. Rochlitz, d. 10. März 1872.

Im Namen des sozial-demokr. Vereins.
Rännel, Vorj.
Gausche, Vertrauensmann.

Für Leipzig.
Sitzung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins, Donnerstag, Abends 8 Uhr im Leipziger Saale. — Tagesordnung: Sozial-politische Wochenberichter, Ref. Heidemann. Der Hochverrathsprozess. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Glauchau.
Von einer heiteren Gesellschaft; in der grünen Eiche 10 Rgr.

Briefkasten
der Redaktion: Gelsenau: Brief angekommen.
der Expedition: M. S. in Nürnberg. Antwort brieflich.
Expedition des Volkboten und Schlichter in Dresden: Extrabl. werden regelmäßig versandt; wenn ein Kreuzband nicht erhalten, ist es Verschulden der Post. Rangold in Göttingen j. Aben. 1. Quart. 21 Thlr. 10 Groschen.

Für politische Gemahregelte
v. B. in Eisenach 1 Thlr.

Einladung zum Abonnement
auf die
„Demokratische Zeitung.“

(Gleiches Recht und gleiche Pflicht für Alle.)
Die „Demokratische Zeitung“ erscheint wöchentlich 6 mal. — Das Rechts- und Freiheitsbewußtsein des Volkes wiederzuerwecken, will die Demokratische Zeitung sein Geschäft machen. Auf dem politischen und sozialen Standpunkte Johann Jacoby's stehend, wird die „Demokratische Zeitung“ schonungslos die Uebel und ihre Ursachen aufdecken, an denen unsere Zustände krank, gleichzeitig aber auch die Wege zeigen, auf denen eine Besserung derselben zu erreichen ist. Als ein Hauptmittel zur Erreichung ihres Zieles betrachtet die „Demokratische Zeitung“ die freie Schule; sie wird deshalb der gefunden und freibethlichen Lösung der Schulfrage auch die größte Aufmerksamkeit widmen und dem hochwichtigen Gegenstande einen besonderen Raum erschließen.

Die „Demokratische Zeitung“ erscheint wöchentlich 6 mal. — Der Abonnementspreis beträgt für Berlin vierteljährlich 1 Thlr. 3 Sgr., monatlich 11 Sgr., wöchentlich 2 Sgr. 9 Pfg.; für Auswärtige 1 Thlr. 10 Sgr. pro Quartal. — Die Inseritionsgebühren werden pro 4 spaltige Zeile mit 2 Sgr. 6 Pfg. berechnet, Arbeitsmarkt 1 Sgr. 6 Pfg. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Expeditoren Berlin's, sowie die Expedition der Zeitung entgegen. — Haupt-Expedition für Berlin: die Mecklenburg'sche Buchhandlung, Krausenstraße 41. — Redaktion und Special-Expedition: Eisa-berstraße 15. — Inseraten-Nachnahme bei allen Inseraten-Comtoirs und in den Expeditionen.

Die Redaktion der „Demokratischen Zeitung.“
Elisabethstraße 15.

Der
Crimmitschauer
Bürger- und Bauernfreund
(Nr. 762, S. 22 d. Post-Zeitungskatalogs f. 1872)

täglich erscheinendes Organ der Demokratie, bringt Original-Veitartitel, Original-Zeitungstexte, sowie zahlreiche Nachrichten aus Sachsen und Thüringen.

Preis vierteljährlich nur 12 Sgr. (44 fr. südd. deutsch) einschließlich Postgebühr.

„Es werde Licht.“
Boesen von Leopold Jacoby.

Ladenpreis 12 Sgr. Bei größeren Aufträgen (6 Exemplaren und darüber), die durch Vermittelung der Buchhandlung des Ortes an mich gelangen, wird der Preis auf 7 1/2 Sgr. pro Exemplar ermäßigt.

S. E. Oliven, Berlin, Louisenstraße 45.

Ferdinand Lassalle's
Herr Julian Schmidt der Literarhistoriker mit Seher-Schönen.

ist in kürzester Zeit durch den Unterzeichneten zu dem Preis à Exemplar 12 1/2 Gr. zu beziehen, und bittet derselbe alle früher gemachten Bestellungen recht bald zu wiederholen, damit man womöglich die gesammte Auflage darnach bestimmen kann; es wird für die weiteste Verbreitung dieses außerordentlichen Werkes hiermit aufgefordert zu sorgen.

NB.: Was nun? zweiter Vortrag über Verfassungsweisen von Ferdinand Lassalle ist auch wieder vorrätzig, à Exemplar 2 Gr. und kann stets bezogen werden, sowie Lassalle's sämtliche Schriften. Leipzig, 20. März. Julius Röhling Reutichhof 36.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Heyner (Redaktion u. Expedition Poststr. 4.) Druck u. Verlag v. S. Thiele. (Hierzu eine Beilage.)

Die Internationale und ihre Gegner.

Die „Wiener Tagespresse“, welche bisher noch allen Verleumdern der Internationale ihre Spalten geöffnet, hat sonderbarer Weise in ihrer Nummer vom 6. März eine Pariser Korrespondenz, welche — soweit darin von der Internationale die Rede ist — der sonstigen Haltung dieses Blattes sehr wenig entspricht. Es heißt in der fraglichen Korrespondenz:

„In dem dicken Band des Untersuchungsberichtes über die Kommune-Revolution findet sich nicht der geringste tatsächliche Beweis einer Anstiftung oder Intervention der Londoner Internationale; hingegen wird der Beweis geliefert, daß schon während der Belagerung bonapartistische Spione und Agenten zwischen Paris und dem preussischen Hauptquartier hin- und hergingen, um in Paris einen Volksaufbruch anzuzetteln, und daß sie in dem Central-Komitee, welches der Kommune vorausgegangen war und neben ihr fortbestand, zahlreich vertreten waren. Nichtsdestoweniger bezog Thiers seine Aussage mit einer systematischen Denunziation gegen die Internationale und mit dem Eingeständnis, der Gedanke eines Inquisitionsverfahrens gegen alle Mitglieder der Internationale für die einzige zu einem Verbrechen zu erhebende Thatsache, ihr anzugehören und ihre Doktrinen zu theilen, gehe von ihm aus. Also läßt sich nicht mehr bezweifeln, das ungeheuerliche Gesetz einer mittelalterlichen Glaubensverfolgung werde genehmigt werden. Man glaubt sogar zu wissen, daß die meisten Regierungen in Europa bloß die Initiative Frankreichs erwarten, um gegen die Internationale ebenfalls mit einer Strenge vorzugehen, welche außerhalb der Prinzipien des modernen Strafrechts steht. Wenn die schützländerische Politik des Herrn Thiers auf diplomatischem Wege verunglückt, so scharft sich hingegen die europäische Diplomatie um die Fahne der französischen Inquisition gegen die Glaubensfeste der Gesellschaftsverbesserer. Sie verspricht sogar, die Auslieferungsverträge dahin zu korrigieren, daß das Verbrechen, der Internationale anzugehören, unter diejenigen gerechnet werde, wofür die Auslieferung unter fast allen Staaten üblich ist. Meines Erachtens ist eine solche Solidarität der konservativen Interessen bis zu einem gewissen Punkte höchst wahrscheinlich, es treibt aber dabei die Diplomatie mit Thiers ein falsches Spiel. Die französische Republik soll sich kompromittieren, indem sie gegen die Internationale die schlimmsten Tage der heiligen Allianz und ihrer verächtlichen Reaktionskongresse wieder heraufbeschwört. Diese Ehre und diese Verantwortung will sie auf die französische Republik abwälzen, ihr und Thiers alle Geschäftigkeit einer Wiederherstellung der Inquisition zuweisen, den größten Nutzen daraus ziehen und sich die Hände in Unschuld waschen.“

Die in Vorstehendem charakterisirte Spekulation der europäischen Mächte, den Heldengreis Thiers, Präsidenten der sogenannten Republik, zur Drangsalierung der die wahre Republik erstrebenden Internationalen und damit zugleich zur Kompromittierung des republikanischen Prinzips in der öffentlichen Meinung überhaupt zu benutzen, ist nicht neu; und namentlich, nachdem Herr Thiers so glänzende Befähigung zum Spiel gezeigt hat, indem er die polnischen Kommunalisten an den Knuten fürsten auslieferte, wäre es da ein Wunder, wenn die monarchische Reaktion in Europa die Schergendienste dieses Ordnungsfanatikers nicht möglichst zu ihrem Vortheile ausbeuten sollte? Natürlich wird sie sich dabei verrechnen, denn die Reaktionsorgane, in denen das französische Ordnungsbändelchen seit dreiviertel Jahren die Angst und das böse Gewissen zu überläuten sucht, müssen aller menschlichen Berechnung nach einen furchtbaren Rückschlag hervorrufen, um so früher, je toller das Treiben.

Zur Lage des ländlichen Proletariats.

Aus dem Landreise Köln. Wir wissen, daß es in England, Schottland und Irland am Ende des vorigen Jahrhunderts 250,000 Grundeigentümer gab, während es deren heute nur noch 30,000 giebt, wovon allein 9000 auf Irland kommen. In Schottland ist sogar der vierte Theil aller Grund und Boden in den Händen von 5 Leuten. — Auch hier gehen wir mit Riesenschritten dem nämlichen Ziele entgegen. Sehr viele große Güter in der Umgegend von Köln gehören der Armenverwaltung zu Köln. Dieselben sind größtentheils im Besitze des Rheinischen Aktienvereins für Zuckersfabrikation und von Oekonomen. Die Leute, welche früher noch ein Stückchen Land für sich bearbeiten konnten, sind jetzt gezwungen, auf diesen deutschen Zuckersfabriken in Arbeit zu treten, weil sie, wenn selbständig, die Konkurrenz mit der Großökonomie nicht aushalten können. Die Großvermögenshaftung erzieht die Menschheit durch die billigeren Vieh- und Lampsfracht, wodurch dann die ländlichen Arbeiter gezwungen sind, dem industriellen Proletariate in jeder möglichen Art und Weise Konkurrenz zu machen. Die meisten Kleinbesitzer und Pächter miethen ihr Dienstpersonal auf ein Jahr; dasselbe erhält also täglich sein Essen und seinen Lohn. Dieses ist aber bei unsern Plantagenbesitzern nicht der Fall.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen des „Rheinischen Arbeitervereins für Zuckersfabrikation“, sowie des Zuckersfabrikanten Emil Pfeiffer in Düsseldorf werden mit wenigen Ausnahmen täglich gelohnt. Regnet es, schneit es oder ist andres Unwetter, so werden die Arbeiter nach Hause geschickt, müssen also vom himmlischen Thau leben, wodurch denn viele zum Feldfrevler gezwungen werden. Die reichen Zuckersfabrikanten haben aber außer den Gemeindefeldhütern auch eigene Flurschützen, wodurch die Acker der ärmeren Leute zum Freveln gehalten müssen. Viele Arbeiterinnen sind schon so demoralisirt, daß sie im Sommer den Feldfrevler der Arbeit vorziehen. Der nicht langer Zeit wurde noch bei Emil Pfeiffer in Düsseldorf, wenn Unwetter war, eine Fahne an den Fabriksgebäuden aufgezogen, zum Zeichen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen während des Unwetters vom himmlischen Thau leben sollten.

Neben den Tagelöhnern werden aber auch die Kleinbesitzer und Kleinpächter von den Herren Zuckersfabrikanten gewissermaßen dominiert. Die Letztern schließen mit den Bauern Rübenlieferungsverträge ab. Durch diese Verträge sind die armen Bauern immer gebunden, die Rüben zu liefern, während die Fabrikanten, wenn eine Krise eintritt, Reparaturen in den Fabriken nöthig sind, die Rüben zu diebstählen, (in welchem Falle sie nicht Zuckergehalt genug haben) an diese Kontrakte in keiner Weise gebunden sind. Der Zuckerrübenjammer wird von den Herren Zuckersbaronen geliefert und bei der Rübenablieferung in Rechnung gebracht. Es giebt nur Kleinpächter, auch sogar Kleinbesitzer, welche im Frühjahr kein Geld haben, um die theuern Saatartikeln zu kaufen, wodurch dieselben gezwungen sind, zu solchen Verträgen ihre Zustimmung zu nehmen. Der meiste und beste Dünger aus der Stadt Köln wird nach den Zuckersplantagen befördert. Man hat Dörfer hier in der Umgegend, wo manchmal von 3 oder 4 Familien kaum eine im Besitze einer Kuh ist, und diese gehört noch

gewöhnlich den jüdischen Handelsleuten. Es giebt hier, wie in den Städten, sehr viele Leute, welche in einem glänzenden Glende leben. Würden einmal die Beobachter des inneren und verborgenen Lebens (wir meinen die Hypothekensammler) sprechen, so würden uns noch ganz andere Resultate vor Augen kommen. Es sind uns noch manche Landwirthe bekannt, welche durch die Verschleuderung der Domänen-güter in der ersten französischen Revolution zu reichen Gutsherrn geworden sind; auch diese werden mit jedem Jahre dem Proletariate näher geführt. Stirbt z. B. ein Gutsherr, welcher 5 Kinder hat und im Besitze von 400 Morgen Länderei ist, so fallen auf jedes Kind 80 Morgen. Wird dieses Vermögen nur noch einmal gesprengt, so sind die Kinderkinder, bei ungünstiger Heirath oder Geschäftstreiben, zu einfacher Tagelöhnerarbeit verdammt. Wir können deren hier im Landkreise Tugende aufzählen. Ihre Länderei geht in die Hände der jüdischen Kapitalisten über. Wenn die Letzteren nicht genug Pachtzins heraus schlagen können, so lassen sie ihre Ländereien mit „Luzerner Klee“ bepflanzen, wodurch von einem einzelnen Morgen schon 35 bis 40 Thlr. erzielt werden, während der gewöhnliche Pachtzins für solche Länderei (gewöhnlich ausgezehrt) 20 Thlr. beträgt. Dieser Klee, auch ewiger Klee genannt, hält 10 bis 12 Jahre ohne wesentliche Arbeit. Auf den Landverpachtungen schrauben die Bauern sich den Pacht gewöhnlich noch selbst in die Höhe. Viele von ihnen sind aber durch die Erfahrungen nüchtern geworden, weil sie selbst einsehen, daß sie mit der Großökonomie nicht konkurriren können, ja daß die Kleinbäuerliche Wirtschaft unbedingt dem Untergange entgegen geht. — Wenn man ihren Glauben in Ruhe läßt, sind dieselben der Belehrung nicht unzugänglich. In den meisten Dörfern giebt es wohl Benigne, welche das, was sie außer dem Religionsunterrichte in der Schule gelernt haben, behalten oder weiter anzubilden suchen. Gelesen wird fast gar nichts, (die Bibel kennt man hier nur in der Schule) als jene elenden Berliner Nachwerke, welche von gewissenlosen Kolporteurs sowohl auf dem Lande wie in den Städten in so großer Anzahl verbreitet werden.

Zur Agitation unter der ländlichen Bevölkerung. Vor einiger Zeit erging von verschiedenen Landleuten die Anforderung an mich, eine Versammlung zu veranstalten und einen Vortrag zu halten. Ich ging auf die Forderung bereitwillig ein, schon deshalb, weil ich weiß, daß unsere Ideen durch die Wahl-Propaganda auch auf dem Lande Eingang gefunden und man deshalb kein Mittel und keine Zeit veräumen darf, vor allen Dingen Klarheit zu schaffen.

In Niederwalgern angekommen, begab ich mich mit einem dortigen Parteigenossen in das Lokal, welches schon zum Erdbeben voll war und im Laufe der Zeit kamen immer mehr Leute auch aus andern Dörfern und folgten dem Vortrage mit der größten Ruhe.

Da unsere Landbevölkerung meistentheils heute noch aus Kleinbauern und Tagelöhnern besteht und der Großgrundbesitz sich jetzt auch zu entwickeln anfängt, behandelte ich vorwiegend dieses Thema, suchte den Leuten beizubringen, daß sie sich dem heiligengründig werdenden Kapital gegenüber nicht lange mehr im Stande sein würden, als Selbständigen zu existieren, daß sie unter allen Umständen dem Selbstwucher verfallen würden, welches ich durch verschiedene klare Beispiele bewies. Nachdem der Wucherer sie mit einem Worte ausgezogen, läßt er dann die Habseligkeiten verkaufen, und so werde ihr Grund und Boden an den hier und da schon existirenden Großgrundbesitzer übergehen, der ihnen womöglich die Wohnungen lassen würde, um sie dadurch um soviel feiner als Tagelöhner an sich zu fetten.

Ich führte nun weiter aus, wie sie durch Ausbringung der indirekten Steuern so fühlbar leiden müßten, welche da beständen: in Steuern mit den Verbrauchsgütern, in Stempel- und Gerichts-taren, und wie die Landbevölkerung hauptsächlich die „Blutsteuer“ des Militärdienstes zu tragen habe. Endlich bemerkte ich noch, daß man dem Bauer immer vorwärts, roh und ungebildet zu sein, was ja auch der Fall sein möchte, daß sie aber doch in den meisten Fällen nichts dafür könnten, indem man von vielen Seiten das größte Interesse hätte, die Leute dumm und unwissend zu erhalten, was ich später bei anderer Gelegenheit näher beleuchten will. Ein Haupt-sache ist, daß die Geistlichen, die dem armen gedrückten Volke immer Gebred auf Erden empfehlen, in einem bessern Jenenseits würde es dann besser gehen, noch zu viel Gläubige fänden. Nachdem ich nun unser Programm entwickelt und den Leuten empfohlen, sich an den Bestrebungen der Sozial-Demokratie reger zu beteiligen, sagten sie: Wir wählen keinen wieder von denen, die uns bisher von gewisser Seite so warm empfohlen wurden; wir merken auch, daß es mit uns bald ausgeht; und dabei drückten sie mir mit ihren schwieligen Händen die meinten und baten mich, bald wieder zu kommen und einen Vortrag zu halten.

Parteigenossen überall!

Rehmt Euch der so sehr gedrückten ländlichen Proletariat an, es ist Zeit. Sprecht in derber biederer Weise und Ihr werdet die andächtigen Zuhörer haben; bedenkt, ohne dieselben sind wir ohnmächtig! V. H. Schneider.

Marburg, den 7. März 1872.

Eine Volksversammlung gegen die Bourgeois-Presse.

Wien. Die sozialdemokratische Arbeiter-Partei hatte den 3. Abends in Schwender's Club im Rudolfsheim eine Volksversammlung einberufen. Lange vor Eröffnung derselben war der Florasaal des Kolosseums von einer dichtgedrängten nach Tausenden zählenden, durchwegs aus Sozialdemokraten bestehenden Menge gefüllt.

Nach 8 Uhr eröffnete Gehrke die Versammlung mit Besprechung der Hindernisse, die seit Langem das Zustandekommen einer Volksversammlung verhindert haben. Er theilte hierauf mit, daß der Gegenstand der heutigen Versammlung die Besprechung der Preßverhältnisse Oesterreichs sei.

Zu Vorstehenden wurden mit Akklamation Gehrke und Pechan gewählt.

Es sprachen nacheinander die Bürger Schein, Kuttli, Weiß, Steiner, Schwarzinger und Metali, die Alle mehr oder weniger die liberale Presse, welche die Arbeiter betrogen und getäuscht hat, geißelten und die Gründung eines täglich erscheinenden Arbeiterjournal oder vielmehr die Umwandlung des „Volkswille“ in ein solches befürworteten. Es wurde schließlich folgende aus drei Punkten bestehende Resolution einstimmig angenommen:

1. Der von der Regierung im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzentwurf über die zeitweilige Sistierung der Schwurgerichte steht im Widerspruch mit den Staatsgrundgesetzen, welche verheißen, daß die Schwurgerichte sowohl für die durch die Presse begangenen als auch für alle anderen Vergehen eingeführt werden sollen. Die Volksversammlung richtet daher an die Reichsvertretung die Aufforderung, dieses Gesetz, das ein Zugeständnis an die Partei des Absolutismus und mit den Grundgesetzen der Demokratie und selbst des blassesten Liberalismus unvereinbar ist, zurückzuweisen und dafür einwilligen die Freigebung der Kolportage, der Kauttionen und des Zeitungstempels zu bewilligen.

2. Die Volksversammlung erkennt die Nothwendigkeit der Gründung eines täglich erscheinenden Blattes, welches die Korruption, die Unfähigkeit und die Bevorzugung auf allen Schritten bekämpft und die von den herrschenden Ständen genährten Fehlsprüche über die Ziele der sozialen Bewegung beseitigen hilft, und erklärt deshalb, das Unternehmen der Redaktion des „Volkswille“ zu unterstützen.

3. Zu Revisoren werden ernannt Gerber, Sponta, Rosenbaum und Reker.

Gewerksgenossenschaft der Holzarbeiter.

Leipzig. In der Versammlung vom 11. März, wurden von den hiesigen Mitgliedern nachgehende Punkte, als Zusätze für die Statuten, auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses gestellt: Zusatz zu §. 4 der Geschäftsordnung:

„und in den Generalversammlungen, welche jeden Montag nach dem 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober stattfinden müssen, den Mitgliedern vorzutragen. Diese Generalversammlung muß in einem Lokalblatte bekannt gemacht werden; fehlende Mitglieder haben, wenn

keine genügende Entschuldigung eingebracht wird, 2/3 Rgr. Strafe an die Gewerksklasse zu entrichten.“

Zusatz zu §. 2 der Geschäftsordnung: Jedes der benannten Gewerbe kann für sich, unter Annahme dieser Statuten, eine Sektion der Gewerkschaft der Holzarbeiter bilden. Dieselbe muß die nach §. 24 nöthigen Beamten wählen. Diese Sektionen müssen mindestens alle 4 Wochen eine Versammlung unter sich abhalten, und sind verpflichtet, auch die Versammlungen zu besuchen. Zu den Generalversammlungen (§. 4 der Geschäftsordnung) in der Gewerkschaft müssen die Sektionsmitglieder von ihrem Bevollmächtigten öffentlich eingeladen werden. Die Fehlenden trifft dieselbe Strafe, wie die übrigen Gewerkschaftsmitglieder, nach §. 4 der Geschäftsordnung. In diesen Generalversammlungen geben der Kassirer der Gewerkschaft, sowie die Kassirer der Sektionen Bericht über den Stand der Kasse und die vierteljährliche Abrechnung. Die Kassirer übergeben ihre Abrechnung, so wie die abzuschickenden Gelder gegen Quittung dem Gewerkschaftskassirer zum Abenden an die Hauptkasse.“

In der obengenannten Versammlung beschwerte man sich, daß die Sektion der Gewerkschaft vom Ausschuss in Hamburg nicht mehr so geführt würden, als man es von ihm gewohnt war und es auch weiter erwartete.

Als Grund für diese Beschwerde wurde angeführt, daß man von der Abstimmung über eine höhere Steuer der Krankenkasse (Nr. 78 Jahrgang 1871 des „Volksstaat“) noch nichts erfahren hat, obgleich von unserer Seite die Abstimmung der Mitgliedschaft vorchriftsmäßig angezeigt wurde.

Ferner wurde durch die Urabstimmung die Einführung der Zirkulare wieder beschlossen, (Bekanntmachung Nr. 63. Jahrgang 1871 des „Volksstaat“); auch forderte Herr York auf, das einzuschicken, was durch die Zirkulare veröffentlicht werden sollte. Wir sind am Ende des 1. Quartals 72 und noch ist kein Zirkular für das 3. Quartal 71 erschienen; obgleich die meisten Mitglieder nicht wissen, wo Mitgliedschaften beziehen und das Keisegel ausgeht wird.

Hervorgehoben wurde, daß der Ausschuss die Angelegenheit des nächsten Kongresses noch immer nicht in die Hand nimmt, und Ostern bereits da ist.

Da, wie es scheint, die Angelegenheit einer Gewerkschaftsunion von Chemnitz ebenso vernachlässigt wird, wie von Hamburg, wird vor der Hand wohl aus der Angelegenheit nichts werden, obgleich es sehr nöthig wäre.

Dessen ungeachtet ist es nothwendig, daß der Gewerkschaftskongress spätestens zu Pfingsten stattfindet, und wird der Ausschuss ersucht, die Angelegenheit nun schnellstens in die Hand zu nehmen.

Im Auftrage: V. Schrader, Schriftführer.

Zur Abrechnung des Chemnitzer Strike-Comitees.

Wir machten in Nr. 18 dieses Organs darauf aufmerksam, daß viele Reklamanten nicht Ursache hatten, zu reklamieren, und lassen nach nochmaliger Prüfung der Bücher anbei einige Notizen für diejenigen folgen, welche sich die Generalquittung nicht genau angeeignet haben. Allerdings sind wohl einige Posten dabei, wo die Schuld uns trifft; jedoch ist dies wohl verzeihlich und lassen wir auch die fehlerhaft gebuchten Posten unter näherer Angabe der dabei obwaltenden Umstände mitfolgen, woraus einige Reklamanten ersehen mögen, daß sich ihre Angelegenheit bis auf die Generalquittung in Ordnung befindet.

Unterm 15. Nov. sind aus Zwicau d. d. Metallarbeiter-Gesellschaft und Holzarbeiter „Eintracht“ nebst eingegangenen Geldern in der Volkshalle durch W. D. in der Generalquittung unter Buchst. 3. Zeile 2 Posten 2, 12 Thlr. richtig quittirt worden.

Unterm 16. Nov. sind aus Greiz vom Allgem. Deutsch. Arbeiter-Unterstützungsverband durch W. Seifendorf unter Buchst. 3. Zeile 12 Posten 1, 4 Thlr. richtig quittirt worden.

Unterm 15. Nov. sind aus Pausa i. Bgll. durch E. Dienegott Hage 2 Thlr. 10 Sgr. zugesandt und in der Generalquittung unliebsam vergessen worden.

Unterm 30. d. sind uns vom Gesangverein Teutonia in Breslau 1 Thlr. und in der 2. Quittung „Volksstaat“ Nr. 4 unter Buchst. 3. Zeile 1, Posten 2 quittirt worden. Dagegen ist unliebsam zu quittiren vergessen worden ein Posten von 1 Thlr. 2 Rgr. 5 Pf., eingegangen am 6. Nov. von J. Rosenthal.

Unterm 15. Nov. sind aus Jägerndorf von Parteigenossen des Fachvereins der Manufaktur, Fabrik- und Handarbeiter durch A. Krütsche 16 fl. zugesandt in der Generalquittung Zeile 88 Posten 1, unter 4. Art. 8 Thlr. 16 Rgr. quittirt zu finden.

Unterm 20. Nov. sind aus Landshut von der Thomann'schen Buchdruckerei durch Geithe 2 Thlr. 17 Rgr. zugesandt noch zu quittiren.

Unterm 12. Nov. sind aus Dresden unser Gisser B. und R. noch 10 Thlr. zu quittiren; wir waren gewohnt, aus Dresden Alles durch den „Volksboten“ zu erhalten und ist beim Ausschuchen nur nach dem Volksboten gesehen worden.

Unterm 6. Nov. sind aus Zudenburg bei Magdeb. durch die Garra'sche Maschinenfabrik Gelder eingegangen und unter Buchst. 3. Zeile 9 Posten 1 quittirt zu finden.

Unterm 23. Nov. sind aus Scharnbeck in Han. gesammelt bei einer Hochzeitfeier durch H. Günther 3 Thlr. 4 Rgr. 3 Pf. gesendet worden und noch dankend zu quittiren.

Kugsburg, Bürger Knödel. Eine spezielle Quittung, wie Sie es in Nr. 14. des Volksstaat wünschen, war uns aus unten näher bezeichneten Gründen unmöglich; doch berichtigen wir hiermit, daß die 2. Summe in der Generalquittung unter A. Posten 2, Zeile 2, nur unter falschen Buchstaben, quittirt ist.

Unterm 23. Nov. sind aus Salzburg von den Tischlern, Schloßern u. s. w. durch Witterwarner 16 fl. zugesandt, in der Generalquittung unter Buchst. 3. Zeile 14, Posten 1, quittirt zu finden. Sie werden nicht dagegen einzuwenden gehabt haben, wenn wir aus oesterreichischen Zeiteln weiberröcke, besser kurzumachende preussische Thaler einwechselten, in welcher Fagon dieselben auch quittirt sind.

Unterm 8. November sind aus Bruck a. d. M. vom Arbeiter-Bildungsverein durch H. Franmer 4 fl. zugesandt unter Buchst. 3. Zeile 12, Posten 2, in der Generalquittung in Thalersumme quittirt zu finden.

London, Bürger Leo Frankel. Es thut uns leid, daß der uns von Ihnen am 23. Nov. gesendete Beitrag von 3 Lior. oder 20 Thlr. 12 Rgr. nicht unter London, sondern unter Köln, da uns selbiger Betrag über Köln zugesandt wurde, in der Generalquittung unter Buchst. 3. Zeile 8—9 unter den falschen Buchstaben S. B. anstatt L. B. quittirt ist und bedanken wir uns bei Ihnen für den für uns interessanten Brief.

In vielen Orten haben sich verschiedene Corporationen zusammengeschlossen und ihre Unterstützungsbeiträge vereint und zugesandt, diese Posten sind meist zusammenquittirt worden und möchten wir doch die betreffenden Schenker bitten, sich damit genügen zu lassen, wenn nur der eingehende Gesamtwert stimmt. Denn wenn wir Jedem einzeln und ausführlich quittiren wollten, so würde unser Parteiorgan in 3 Nummern nicht Raum genug haben, da die Special-Beiträge in unsern Kassabüchern 48 Groß-Folioseiten ausfüllen. Das Aufsuchen in der von uns angewendeten abgekürzten Form mag allerdings einige Schwierigkeiten machen; jedoch möge man dies aus jenem oben angeführten Grunde gefälligst entschuldigen.

Die Rechnung-Prüfungs-Kommission, sowie wir vorher, fand bei Abschluß und Sichtung aller eingegangenen Beiträge, daß wir nicht, wie dies sonst gewöhnlich der Fall ist, ein Weniger, sondern ein Mehr in unserer Ausgabe gegen die Einnahme fanden. Dieses Mehr betrug 69 Thaler. Einige Posten sind darauf zurückzuführen, daß viele Parteigenossen aus gewissen Gründen von einer Quittung in öffentlichen Blättern Abstand nahmen. Durch ungeschicktes Verschreiben mangelhafter Notizen u. s. w. können auch einige Fehler entstanden sein und wäre in obiger Position von 69 Thalern wahrscheinlich noch Einiges zu suchen, was entweder gar nicht oder mangelhaft quittirt ist. Wir haben damals, um Einnahme und Ausgabe auszugleichen, jene Mehrausgabe mit zur Einnahme von Chemnitz ge-

Schlagen und ist in der Generalquittung unter Buchstabe C. Zeile 1 Posten 1 mit quittirt.

Die Mitglieder des Chemnitzer Central-Komitee.
C. V. G. N. C. S. G. St. H. M. W. G. A. N.
A. S. H. S. W. G. V.

Wiesbaden. 10. März. Schon seit geraumer Zeit hat die Arbeiterbewegung am hiesigen Orte in Folge der Kriegsereignisse stillgestanden, und es wird so Mancher denken, der Geist für die Sozialdemokratie sei unter den hiesigen Parteigenossen gänzlich erloschen. Daß dem aber nicht so ist, beweist Nachstehendes.

Montag Abend, den 4. d. M., tagte im Saalbau Schirmer eine Versammlung, welche von dem Reichstagsabgeordneten Herrn Obergerichts-Procurator Schenk und Konsortien zur Gründung eines Zweigvereins für Volkserziehung einberufen wurde.

Auf demselben Abend war zu gleicher Zeit eine konstituierende Versammlung des sozialistischen Arbeiterbildungsvereins einberufen. Man beschloß aber dieselbe zu vertagen und sich in corpore in den Saalbau Schirmer zu begeben, um zu hören, was für eine Bildungsanstalt die Bourgeoisie dem Volke errichten will.

Mittlerweile waren auch mehrere Freunde aus Mainz erschienen. Nachdem Herr Schenk das Grundgesetz des Vereins vorgelesen und motiviert hatte, stellte der Vorsitzende, Oberbergtrab Oberheimer, darauf die Diskussion, worauf Lehendeder aus Mainz das Wort ergriff, um die „Humanität der Bourgeoisie“ ins richtige Licht zu stellen. Er sagte unter Anderm:

„Meine Herrn, wenn Sie einen Bildungsverein für die Bourgeoisie gründen wollen, so bin ich vollständig damit einverstanden; aber bei den Arbeitern kommen Sie heutzutage nicht mehr an, denn die Bildung, welche Sie ihnen bieten wollen, gehört schon längst in die Kumpfkammer. Es wäre vernünftiger, Sie verbeserten die materielle Lage derselben.“ Die Rede wurde von den Arbeitern mehrmals durch stürmischen Beifall unterbrochen, so daß die Bourgeoisie ihre ganze Haltung und Gesichtsgewandlung verlor.

In ihrer Verzweiflung suchte sie Schutz bei dem neugegründeten Arbeiterbildungsverein, hatte sich aber hierin getäuscht. Der Vorsitzende des Gründungskomitees legte den Unterschied zwischen wahrer und vernünftlicher Bildung auseinander. Als aber Redner gründlich darlegen wollte, welches Wissen dem Arbeiter zur Lösung der sozialen Frage mitzubringen sei, erhob sich der Polizei-Sekretär Seibinger und löste — wahrscheinlich nach Verabredung mit der Bourgeoisie — die Versammlung mit der Erklärung auf, es sei von mehreren Rednern Politik eingefloscht worden; diese Versammlung sei aber nicht als eine politische angelegt.

Man muß hier unwillkürlich zu der Ansicht kommen, der Beamte habe diesen Akt vollzogen mit der Absicht, die Bourgeoisie einen guten Dienst zu erwirken; denn daß ein Polizei-Sekretär so geschwätzig sein könnte, ist wohl nicht anzunehmen. Sollte es aber dennoch der Fall sein, so eruchen wir diesen Herrn, in Zukunft das Vereins- und Versammlungsgeheiß besser zu studieren.

Wir glauben nun, daß wir vor den Bildungsvorfällen dieser Bourgeoisie-Philantropen für die nächste Zeit Ruhe haben werden. Sollte es aber nicht der Fall sein, so kann ihnen das nächste Mal noch besser beimgeleuchtet werden!

Saarbrücken. Eine am 3. März hier abgehaltene Volksversammlung, eröffnet durch den Einbauer F. Straube, trug für unsere Bewegung sehr gute Früchte.

Das Bureau bestand aus Schirmer, Straube (Vorsitzenden), Unterzeichnetem und Stollmeyer (Schriftführer).

Es waren als Referenten anwesend die Parteigenossen Kühn, Holle und Buch aus Bremen. Kühn sprach über den 1. Punkt der Tagesordnung, „Die Arbeiterbewegung und ihre Forderung.“ Derselbe begann mit der Schilderung der verschiedenen Perioden der gesellschaftlichen Zustände, worauf er die heutige gesellschaftliche Einrichtung mit den früheren verglich, die Entstehung des 4. Standes auseinandersetzte und als Beweis Thatsachen aus England und Frankreich anführte.

Hierauf erhielt das Drei-Klassen-Wahlgesetz sein gebührendes Theil, worauf Redner die Schattenseiten des allgemeinen Wahlrechts ohne Preis- und Vereinsfreiheit hervorhob.

Es sprachen noch die Herren Holle, Günther, Rafenowaky, Escherich und Davidsohn, welcher Letztere uns unter großer Heiterkeit der Versammlung das „Sporen“ anempfahl und die Verfassung aus sprach, wir wollten in die Fußstapfen der Pariser Kommune treten. Dann wurde die Resolution gefaßt:

„Die heutige Versammlung erklärt: in Anbetracht der schlechten Lage des gesamten Arbeiterstandes (namentlich am hiesigen Ort) hier selbst eine Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei zu gründen, um dadurch die angebrachte Verbesserung der so sehr gedrückten Lage des gesamten Arbeiterstandes fördern zu helfen.“

Schließlich wurde noch eine Teilerfassung für die politische Gemeindegewalt vorgenommen.

Diese Versammlung hat so recht gezeigt, daß es nur einer Anregung bedarf, um die Arbeitermassen in Bewegung zu setzen, und ich rufe deshalb jedem Arbeiter zu, die Agitation nach Kräften zu unterstützen und so die Einigkeit fördern zu helfen. Auch muß ich noch bemerken, daß sich bereits eine große Anzahl in unsere Liste eingeschrieben und noch mehrere es zugeeignet haben.

Schwefke, Cigarrenarbeiter.
Serborn (in Nassau) 18. März. Verfolgungen bilden das Loos jedes freien Mannes; dies zeigt sich deutlich auch an mir.

Zur Zeit des nassauischen Verfassungskonfliktes von 1866 stand ich auf Seiten der Fortschrittspartei (da mir damals der Sozialismus noch nicht bekannt war) und agitierte sogar für dieselbe. So daß ich bei den Herrn Fortschrittler eine ganz vererbte Persönlichkeit war. Die Vorgänge des Jahres 1866 öffneten mir jedoch die Augen und ich sprach mich dagegen aus, wodurch der Bruch mit jener Partei erfolgte. Von da ab begannen die Verfolgungen gegen mich, ja sogar ein Lump von einem früheren preussischen Beamten, welchem die bürgerlichen Ehrenrechte abgeprochen waren, reichte eine Denunziation wegen Verleumdung des Königs von Preußen gegen mich ein, und wurde ich in Folge dessen in Untersuchung gezogen, solche aber später wegen mangelnden Beweises eingestellt. Hiermit nicht zufrieden, mußte ich auf andere Art rüchert werden und wandte man sich zu diesem Zweck an den Landrath des Distriktes, von Dven, welcher sich, Junker und Bietist zugleich, den Herrn Liberalen, auf die man sich damals in Nassau stützte, gefällig erzeigen wollte. Ich wurde durch einen Rechtspruch dieses Herren meiner Stellung als Gemeinderathsmittglied entsetzt und auf die Straße geworfen, obwohl ich nicht allein mich, sondern auch noch alte Eltern und unverfugte Geschwister zu ernähren hatte.

Nach einiger Zeit fand ich wieder Beschäftigung, in Folge der neuen Justizreorganisation wurde ich als Gehilfe beim hiesigen Amtsgericht angenommen und habe mich auch länger denn 4 Jahre, wo ich dort arbeitete, nie das Geringste zu Schulden kommen lassen. Doch der Liberalismus konnte mich auch in dieser Stellung nicht lassen, wo es mir vergönnt war, keine ganze Erbärmlichkeit lernen zu lassen, weshalb man sich seit Jahren mit Denunziationen an meine Vorgesetzten, die beiden Herrn Richter und den Herrn Obersekretär, wandte. Diese Herren waren aber zu nobel, um sich dieser Schlichtigkeit gefällig zu erzeigen und blieben daher alle diese Bemühungen erfolglos. Man griff nun zu einem anderen Mittel, nämlich zu einer Petition ans Appellationsgericht zu Wiesbaden, welches denn auch meine Entlassung verfügte. Ich bin also, ohne mir ein Vergehen zu Schulden kommen zu lassen, wiederholt auf die Straße geworfen.

Ich habe in den vier Jahren, welche ich im Justizdienst zubrachte, vieles gelernt, nur das Eine nicht, an die Unfehlbarkeit der Justiz zu glauben und werde deshalb über die preussische Justizverwaltung sowie über sonstige Punkte noch ganz interessante Aufschlüsse bringen.

Sollte bei einem Parteigenossen oder sonstigem Freund sich für mich eine meinen Fähigkeiten entsprechende Stellung bieten, bin ich bereit, solche anzunehmen. A. Heinz, Arbeiter a. D.

Mainz. Unsere Helben. Vor 9 Wochen feierte der Verein „Siegestrang“, dessen Mitglieder nur Leute sind, welche den Feldzug von 1870—71 mitgemacht, ein Fest in den Räumen der Kaffeegeellschaft „Kollen“. Es brachen Streitigkeiten aus, welche von einem Vorstandsmittglied des „Kollen“ mit großer Mühe beigelegt wurden. Als später besagter Mann (derselbe ist 66 Jahre alt) mit seiner Tochter nach Hause gehen wollte, pagten demselben einige Helben an und trat ihn einer derselben an der Stiege in den Rücken. Als er sich verteidigen wollte, pochte man ihn und warf ihn über das

Treppengeländer hinab. Glücklicher Weise ohne schlimme Folgen. Seiner Tochter, welche abwehren wollte, schlug man ins Gesicht und warf dieselbe zur Handthüre hinaus auf die Straße. Wie nun solche Helben manchmal in Feindes Lande gehn und den deutschen Namen schänden haben mögen, davon kann man sich nach solchem Vorfalle einen Begriff machen. Die Sache wird übrigens den Gerichten übergeben werden. —

Mainz. 18. März. Unsere national-liberale Schwindelpartei müht sich schon einige Zeit ab, der hiesigen Bürgerchaft ihren verschwommenen Stempel aufzudrücken, indem sie dieselbe durch verschiedene Aufrufe und Versammlungen zu animiren suchte, eine von obiger Gesellschaft verfaßte Dankadresse an Fürst Bismarck für sein mannhaftes (?) Aufstehen in der Söulaufrichtsfrage zu unterzeichnen. Es fand nun auch gestern den 17. eine hierauf bezügliche Versammlung am „Grafenklauerhof“ statt, in welcher drei Adreßentwürfe vorlagen, in denen die ganze politische Weisheit dieser Ehren-Vollmänner gipfelte.

Herr Hirsch griff zwar in die Debatte ein, doch sah er voraus, daß es bei diesen Vätern der Bildung ohne Wirkung sein werde. Am Schlusse der Versammlung, nachdem Alles erledigt war, erhielt F. Hirsch noch das Wort und begann: „Bürger! Wenn ich am Schlusse ihrer Versammlung um das Wort bitte, so ist dies ein Beweis dafür, daß ich Sie in Ihren Ausführungen und Beschlußfassungen nicht stören wollte; denn es kann mir ganz gleichgültig sein, ob Sie eine Adresse an den Fürsten Bismarck richten oder nicht, und ebenso gleichgültig, in welcher Weise dieselbe abgefaßt wird. Diese Comodie war schon sehr oft da, und wird sich noch sehr oft wiederholen.“

Das war der Bildung einer großen Zahl der „Culturförderer“ zu viel zugemuthet; Haupt- und Barthaare sträubten sich wie die Rippen eines wütenden Löwen, die purpurnen Weingeistfarben färbten sich dunkelroth, und mit Kampfhast geballten, vorgestreckten Fäusten, schrie man im Chorus wohl hundertmal: „Hinaus mit diesem — einige durchgreifende Resolutionen vollendeten den Text — Schweinseel!“ Doch Redner ließ sich nicht im Mindesten aus seiner Fassung bringen, und das Bureau, — zu seiner Ehre sei es gesagt, — gab sich alle Mühe, den Redner fortzuführen zu lassen. Doch umsonst, der Sturm wurde größer, obgleich mancher unter den Stürmenden sich seines moralischen Charakters wegen eher hätte vertrieben sollen, als hier mit stören helfen. Auch Herr Bamberger Rudolf meinte, daß man nicht nöthig hätte, sich so etwas von Menschen gefallen zu lassen, die allenthalben nur erschienen, um die Ordnung zu stören.

Herr Bamberger! Die Ordnung ist schon längst gestört, und zwar tragen Sie noch immer dazu bei; denn was Sie Ordnung nennen, ist Unordnung, und zum Ketzer der Ordnung sind weder Sie, noch Ihre ganze Gesellschaft fähig und berufen.

Diese Menschen glauben nach ihrer gestrigen Aeußerung, die Schule sei durch Bismarck und sein Schulgesetz von der Kirche getrennt, weil sich jetzt Bismarck seine eigenen Pfaffen und seine Jesuiten zu Schulinspektoren aussuchen kann, und auch nur seine Garde, sowie bei der Presse, zu diesem Posten kommandiren wird; aber die Mainz'ger Bürger, für die man eine Beirathung ausgeworfen hat, werden sich höfentlich befinden, jenem Armutzeugniß für das deutsche Volk ihre Unterthänigkeit beizufügen. Doch schon Jahrzehnte verlangt das Volk, das Anspruch auf Bildung hat, die Trennung der Schule von der Kirche, und die der Kirche vom Staate, und jetzt, wo Bismarck den kleinsten Brocken hiervon dem Volk vor die Füße wirft, soll das Volk schweigen und zu seinen Füßen kriechen und aus Dankbarkeit(?) seine Sohlen küssen? Niemand! Wo das Volk zu verlangen hat, und schon verlangt hat, da darf es nicht bitteln, und für seine Rechte und sein Eigentum hat es Niemand zu danken, namentlich, wenn es dasselbe noch nicht besitzt.

Solingen. 13. März. Da Solingen lange nichts von sich hat hören lassen, berichten wir hiermit, daß es doch so ganz still hier nicht herrscht. Es ist eine Bewegung unter sämmtlichen Fabrikarbeiterinnen aller Branchen im Kreise Solingen im Gange, deren Anfang vom Herbst vorigen Jahres datirt und die auf die Erlangung von 25 Prozent Lohnhöhung hinausgeht. Die Bewegung hat sich fortwährend entwickelt, so daß sie jetzt in vollem Glanze da steht und mit einem Strike der Taselmesser-Schleifer zum vollen Ausdruck gekommen ist. Sämmtliche Arbeiter weittern in der Unterstützung und ihre Haltung ist musterhaft; sie unterstützen freiwillig, ohne aufgefordert zu werden. Die hiesigen Fabrikanten und Kaufleute haben sich dem Strike gegenüber geignigt und schreiben Artikel gegen die Arbeiter in hiesigen Lokalblättern, werden aber von den Arbeitern gebrüht auf den Mund geklopft und ist die Begeisterung für den Strike und die Aufregung gegen die Fabrikanten in stetem Steigen. Man sieht den Arbeitern die Siegesgewißheit im Gesichte an. Vor 14 Tagen wurden Volksversammlungen abgehalten, in denen über die streikenden Schleifer gesprochen und beschlossen wurde, daß die Strikes in den einzelnen Branchen hintereinander, nicht auf einmal, oder in mehreren zugleich, eintreten sollten, damit dieselben siegreich durchgeführt werden können.

Mit Gruß und Handschlag
im Auftrage der Partei: Carl Klein.

Hannover. 7. März. Am Sonnabend, den 2. März, tagte hier eine Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, in der als Referent Herr Tölske anwesend war, dem sich verschiedene auswärtige Agitatoren beigelegt hatten. In seinem Vortrage fand sich Herr Tölske bemüht, zu sagen, daß seit Vassalles Tode von Seiten der Hegner Alles ausgebaut wurde, um die Arbeiterbewegung in verschiedene Kanäle abzulenken und so deren Macht zu brechen. Leider sei es ihnen gelungen. Das alte Wachsen, die Gräfin Hapsfeld, war die erste, welche die Arbeiter in das reaktionäre Lager hinüberzog. Auch einzelnen politischen Heißspornen in der Lassalle'schen Bewegung, die lieber mit beiden Beinen in die sozial-demokratische Republik hineinzuwippen wollten, sei es leider gelungen, eine nicht unbeträchtliche Anzahl Arbeiter mit in ihr Lager zu ziehen. Nur aus Vereinspielerei sei das geschehen.

Das sind die „Ehrlichen“, die sich Internationalen nennen, und damit prahlen, daß sie der Internationalen angehören. Diese bilden sich ein, die soziale Frage lösen zu können; das können sie aber nicht; das kann nur durch den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein geschehen.

Die Internationalen stehe nicht einmal auf gefestigtem Boden; jene Partei marichire auf der äußersten Grenze, die man sich nur denken könne. Die Regierung lasse sie nur deshalb genähren, weil durch sie die Arbeiterbewegung geschwächt werde, nur deshalb lasse man die Internationalen fortwachsen. Er hoffe, in Süddeutschland sagen zu können, daß die Arbeiter Hannovers nur eine Partei bilden, daß sie sämmtlich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein angehören, und sich nicht durch andere Parteien oder von der Internationalen, die vielleicht hier Propaganda zu machen versuchen wird, löbern lassen.

Nach diesem Vortrage, der Herrn Tölske alle Ehre machte, ergriff unser Parteigenosse Reichelt das Wort. Er legte der Versammlung auseinander, daß gewisse Leute mit der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins gewissenlosen Schacher trieben. Er erklärte, daß unsere Partei vollkommen auf gefestigtem Boden stehe; die Auslassungen Tölskes über unsre Partei in Verbindung mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation, seien nichts weiter, als eine gut angebrachte Denunziation bei der Polizei. Man juche stets den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein als den allerkleinigsten Glauben hinzuzufügen. (Herr Tölske rufte: Das ist er auch.) Wir seien Arbeiter, die es ehrlich mit der Sache meinten. (Herr Tölske: aber Bebel!) „Bebel ist ein Mann, der arbeitet, Herr Tölske!“ gab ihm Reichelt zur Antwort.

Reichelt wurde durch Brüllen der Tölskianer und durch stete Zutuse des Herrn Tölske a. B. Bebel! und Liebkecht! sehr oft unterbrochen, ließ sich aber durch nichts beirren.

Herr Winter aus Altona erklärte uns für politische Handwurste; seine ganze Rede war nichts weiter, als eine wahre Tölskade. Herr Knüller aus Brandenburg sagte, wenn wir Ehrliche seien, müßten sie die Unehrlichen sein. In Brandenburg gebe es keine Ehrlichen. Herr Hrbig aus Hamburg leistete in Schimpfsworten Erschauerliches: Wille Burschen sind es! rief er. Nichtswisser, Präbidenthaus wollen sie spielen, Vereinspielerei treiben, diese Bebelianer! Eine stramme Organisation können sie nicht vertragen. Diejenem Viebuecht ist Alles willkommen, was in seinen Kram paßt u. s. w.

Unser Parteigenosse Beck zahlte mit derber Münze den Herren heim, was sie uns geben wollten.

Als er die Früchte ihrer Organisation zeigte, die Bestechung Herrn von Schweigers, seinen Berath an der Arbeiterfrage, brach der Sturm von Neuem los, und Herr Winter aus Altona zeigte sich da als einen der gemeinsten und rohesten unter den anwesenden Herren. Er stieß auf der Redner-Tribüne Beck mit Füßen in die Kniekehlen, was Beck nöthigte, mit geballter Faust sich weitere Rohheiten dieses Herren abzuwehren. Er mußte aber keine Rede abbrechen, da ihn die fanatische Gesellschaft nicht mehr weiter sprechen ließ. Auch Franke unterzog das Gebahren dieser Herren einer scharfen Kritik. Herr Richter beläufigte uns gleichfalls, jedoch in anständiger Weise; er beichtete sich nicht solcher Schimpfsworte, wie seine Vorredner. Zum Schlusse trat noch Herr Tölske auf und ermahnte uns, in den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein zurückzuführen. Es sei allerdings wahr, daß sich H. v. Schweiger bestechen ließ; das aber sei Alles auf der General-Versammlung verhandelt worden, Leute, die auf halb der Partei ständen, hätten nichts hinein zu reden. Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein habe sich während des Krieges bewährt; wir könnten nichts für unser Aufstehen, wir seien irreführte Schafe, denn es ist in keinem andern Heil, und in keinem andern Glauben wird man selig, als in dem Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein. Reichelt belehrte Herrn Tölske eines Besseren darüber, wie sich die Herren während des Krieges gezeigt haben. Nachdem noch dem Vorsitzenden eine Rüge über sein Verhalten gegeben wurde, die Versammlung geschlossen.

Trop der Verschwendung aller Rednerkräfte seitens der Herren Agitatoren war der Erfolg, den wir errungen, ein für uns zufriedenstellender.

Basel. Dank der unverwundlichen Dummheit und Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiter ist die hiesige Sektion der Internationalen seit 1869 so zusammenschmolzen, daß sie nur 25 Mitglieder zählt, die sich aber seit dieser Zeit nach Kräften mit intellektuellen Mitteln beschäftigen, um im Stillen zu agitiren. Die Mehrzahl der hiesigen Arbeiter hat ein Vorurtheil gegen die Internationalen und behilft sich eben mit ihrer nationalen Freiheitsdummheit. Trotzdem ist es uns gelungen, wieder eine Partei unter dem Namen „Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein“ zu gründen, die zwar bis jetzt noch einen mehr demonstrativen Charakter hat, aber bei der zu schaffenden Schweiz. Zentralfaktion bald mehr Halt gewinnen wird. Es verhält sich in Wahrheit in der ganzen Schweiz, Genf ausgenommen, so wie bei uns. Jedoch beginnt die gewerkschaftliche Bewegung an Boden zu gewinnen. Wir möchten von hier aus auch einen Vorstoß ins Rheinthal und veranlassen die Gründung eines Vereins in Schopfheim, den wir an Ihre Partei wiesen. Leider haben wir seit 2 Monaten noch keinen Bericht von dort. Es wäre überhaupt im ganzen badischen Oberland ein weites Agitationsfeld; leider fehlen uns die geeigneten Mittel, da unsere Kräfte noch immer zu sehr in Anspruch genommen sind. Soviel über die Verhältnisse hier und in der Umgebung.

Wir haben außerdem im Verein mit einem Pariser Flüchtling (schon den Versuch gemacht, hier einen Verein von Franzosen, incl. Elsäßern und Lothringern, deren sich Viele hier aufhalten, zu gründen, was uns aber noch nicht gelungen ist, da die bis jetzt gesammelten entweder den Ernst der Sache nicht begreifen konnten, oder den Kopf so voll Revanche haben, daß nichts mit ihnen anzufangen war. Jedoch haben wir die Hoffnung nicht aufgegeben.

Der Grund der Erschließung ist leicht zu erklären. Unter dem Kaiserreich durfte kein Verein existiren, so daß die Leute nur einen schwachen Begriff von Parteileben haben können, und eben deswegen glauben wir, daß die preussische Regierung mit ihrem Arbeiter-Verein auch nicht viel Glück haben wird. Die Bevölkerung des Elsas und Lothringens ist zu verbissen und wird eine Partei, wie die Hohenfleber'sche ist, unter den Arbeitern dieselbst wenig Anklang finden. Wir werden thun, was in unsern Kräften liegt, um einem Versuch von jener Seite entgegen arbeiten zu helfen. Adressen besitzen wir noch nicht, werden uns aber welche zu verschaffen suchen durch intelligente Arbeiter, die an Ort und Stelle thätig sind. Es dürfte vielleicht in kurzem möglich sein, Ihnen Sichereres und Besseres zu berichten.

J. Dumay, Rothhofgasse 13.

Bremen. den 23. Februar. Der Mangel an Arbeitern macht sich hier mit jedem Tage fühlbarer. Seit langer Zeit werden in den Fabriken Arbeiter aller Gewerbe gesucht, was die Arbeitgeber bald dazu zwingen wird, höheren Lohn zu zahlen. Besonders sind es Tischler und Drechsler, woran es mangelt. Der Lohn war auch bisher nicht der beste. Die Tischler verdienen durchschnittlich 4—5 Thlr., was gewiß nicht zu viel ist. Kann man sich da wundern über sozialdemokratische Agitation? Die Arbeiter fühlen das Bedürfnis nach einer einheitlichen Organisation. Da wir von kleinen Orten in der Nähe oft aufgefordert werden, Redner zu senden, so wird sich auch hier unsere Partei bald eine würdige Stellung verschaffen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Conrad Holle.

Frankfurter Zeitung
Eigentümer und Auflage
Leopold Sonnemann Handelsblatt 12500 Exemplare.
Am 1. April beginnt ein neues Abonnement auf die „Frankfurter Zeitung“.

Die „Frankfurter Zeitung“, welche von Carl Volkhausen unter Mitwirkung von Otto Hörtz, Eduard Sack, Dr. Guido Reich u. A. redigirt wird, ist ein Organ der Demokratie. Sie vertritt die Grundsätze der Freiheit und Humanität in politischer, religiöser und volkswirtschaftlicher Beziehung.

Täglich Privatkorrespondenten in allen Ländern, zahlreiche Telegramme, für welche die Redaktion sich große Opfer ansetzt, versehen die Leser der „Frankfurter Zeitung“ stets mit raschen und zuverlässigen Informationen.

Unser Feuilleton enthält ausgewählte Originalnovellen sowie zahlreiche literarische und wissenschaftliche Aufsätze von den bekanntesten Schriftstellern des Vaterlandes. In den regelmäßigen Mitarbeiter des Feuilletons zählen wir: Ludwig Pfau, Ferdinand Lottheisen, G. F. Koss, Louis Böhmer, Ludwig Walewsky, Ludmilla Aßing, Edmund Höfer, Julius Stettenheim, Prof. Vögeli, Prof. G. Vogt, L. Reinhardt u. A.

Das neuerdings mehrfach erweiterte Frankfurter Handelsblatt ist das reichhaltigste und zuverlässigste kommerzielle und finanzielle Organ Süd- und Mitteldeutschlands. Zahlreiche Gratis-Beilagen wie der Frankfurter Börsen-Kalender, der regelmäßige Verloosungsanzeiger, Bank- und Eisenbahntabellen werden nach Bedürfnis beigegeben. Neben dem Coursblatt des Wechselmaklersyndicats, welches jeder Abonnent in einer besondern Beilage erhält, bringt der ausführliche Coursbericht der Frankfurter Zeitung die an der Börse selbst angenommenen Notirungen der wichtigsten Tagespapiere und giebt auf diese Weise dem Leser Gelegenheit zur Vergleichung.

Der Preis der täglich in zwei, nach Bedürfnis auch in drei Blättern erscheinenden „Frankfurter Zeitung und Handelsblatt“ ist in Frankfurt fl. 3 45 kr., in Preußen fl. 4 4 kr., oder 2 Thlr. 10 Sgr. per Vierteljahr; in Oesterreich, Luxemburg sowie im deutschen Reich (erlaufslos Preußen) fl. 2. 20 kr. oder 1 Thlr. 27 1/2 Sgr. Die „Frankfurter Zeitung“ ist mithin die billigste unter allen großen politisch-kommerziellen Blättern Deutschlands.

Anzeigen finden in der „Frankfurter Zeitung“ die weiteste Verbreitung. Die Beilagen werden mit 9 kr. = 2 1/2 Sgr. berechnet.

Wir bitten die Bestellungen bei den Postämtern rechtzeitig zu machen, damit die Uebersendung des Blattes ohne Unterbrechung erfolgen kann.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten gegen Einsendung ihrer Postquittung, soweit der Vorrath reicht, den Börsen-Kalender pro 1872 gratis geliefert.

Frankfurt a. M., im März 1872.

Die Expedition der „Frankfurter Zeitung.“
Bureau: große Eisenmeergasse 31.

Für Frankenhausen.

Alle Sonntag Abends 8 Uhr Versammlung der Parteigenossen im Gasthaus zum grünen Wald. Freunde der Mitglieder werden freundlichst aufgenommen.

Leipzig: Verantw. Redacteur A. Heppner (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag von F. Thiele.